

Bericht

über

die Erstellung des Gesamtabchlusses

zum 31.12.2023

der



Stadt Preußisch Oldendorf

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Erstellungsauftrag	3
2. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung	4
3. Feststellungen und Erläuterungen zum Gesamtabschluss	6
3.1. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung	6
3.2. Konsolidierungskreis	7
3.3. Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Abschlüsse	8
3.3.1. Konsolidierungskreis und -methoden	9
3.3.2. Gesamtabschluss	11
3.3.3. Gesamtlagebericht	11
3.3.4. Beteiligungsbericht	11
3.4. Ausgewählte Erläuterungen zum Gesamtabchluss 31.12.2023	12
4. Bescheinigung über die Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilung	15

ANLAGEN

- Anlage 1:** Gesamtbilanz zum 31.12.2023
- Anlage 2:** Gesamtergebnisrechnung vom 01.01.2023 bis 31.12.2023
- Anlage 3:** Gesamtanhang zum 31.12.2023
Anlagen zum Anhang:
- Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2023
- Kapitalflussrechnung 2023
- Anlage 4:** Gesamtlagebericht zum 31.12.2023
- Anlage 5:** Beteiligungsbericht der Stadt Preußisch Oldendorf 2023
- Anlage 6:** Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

1. Erstellungsauftrag

Der Bürgermeister der Stadt Preußisch Oldendorf beauftragte uns mit der Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31.12.2023 durch das Schreiben vom 04.11.2020.

Gemäß § 116 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) hat die Stadt zum Ende des Haushaltsjahres unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung einen Gesamtabchluss aufzustellen.

Der Konzern enthält folgende Einzelabschlüsse:

- Stadt Preußisch Oldendorf („Mutterunternehmen“) und
- Stadtwerke Preußisch Oldendorf

Der Gesamtabchluss der Stadt ist dahingehend aufzustellen, dass er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt vermittelt.

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Erstellung erstatten wir den vorliegenden Bericht. Bei der Erstellung wurden zugleich Plausibilitätsbeurteilungen durch uns vorgenommen. Der vorliegende Erstellungsbericht richtet sich an den Rechnungsprüfungsausschuss und den Rat der Stadt Preußisch Oldendorf.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts, eines Beteiligungsberichts sowie die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten war nicht Gegenstand dieses Auftrags, jedoch wurde der Gesamtlagebericht von uns einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Der Beteiligungsbericht wurde im Rahmen der Erstellungsarbeiten von uns ausgewertet.

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, festgelegten Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Wirtschaftsprüfer (IDW S 7).

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeiten gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 6 beigefügten „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" vom 01. Januar 2017.

2. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

Gegenstand der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Im Rahmen unseres Auftrags haben wir den Gesamtabschluss zum 31.12.2023 sowie den Gesamtanhang unter Beachtung der für die kommunale Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der sonstigen gemeinderechtlichen Bestimmungen erstellt. Die Anwendung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Erstellung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Gesamtabschluss ergeben.

Die Erstellung eines Gesamtlageberichts, eines Beteiligungsberichts und die Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Ebenso sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die dem Ersteller gemachten Angaben. Unsere Aufgabe besteht darin, auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Daten den Gesamtabschluss zu erstellen.

Neben der Erstellungstätigkeit haben wir die dem Gesamtabschluss zu Grunde liegenden Konsolidierungsbuchungen und die vorgelegten Unterlagen auf ihre Plausibilität hin beurteilt sowie uns einen Überblick über das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem bezüglich des Gesamtabchlusses verschafft.

Art und Umfang der Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilungen

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde von uns aus den uns vorgelegten Unterlagen und den erteilten Auskünften der Stadt abgeleitet. Der Lagebericht wurde durch die gesetzlichen Vertreter der Stadt erstellt.

Die in die Vollkonsolidierung einzubeziehenden Jahresabschlüsse des „Kernhaushalts“ sowie der Stadtwerke der Stadt Preußisch Oldendorf werden von uns geprüft. Der Jahresabschluss der Stadtwerke wurde nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Für die Stadtwerke haben wir deshalb Anpassungen hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis vorgenommen, um einen NKF-konformen Abschluss erstellen zu können.

Bei der Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2023 haben wir auftragsgemäß die Einzelabschlüsse in ein EDV-System eingespielt, die notwendigen Konsolidierungsbuchungen durchgeführt sowie die aufgedeckten stillen Reserven fortgeführt. Darüberhinausgehende Prüfungshandlungen wurden nicht vorgenommen.

Die Beurteilung der Plausibilität der dem Gesamtabschluss zu Grunde liegenden Unterlagen erfolgte durch:

- Befragung nach den angewandten Verfahren zur Erfassung und Verarbeitung von zu konsolidierenden Geschäftsvorfällen im Rechnungswesen,
- Befragung zu allen wesentlichen Abschlusssaussagen,
- analytische Beurteilungen der einzelnen Abschlusssaussagen,
- Abgleichung des Gesamteindrucks des Gesamtabchlusses mit den im Verlauf der Erstellung erlangten Informationen und
- stichprobenartige Überprüfung der von der Stadt Preußisch Oldendorf zu Teilbereichen zur Verfügung gestellten Unterlagen.

Die Erstellung hat sich unter anderem schwerpunktmäßig mit den folgenden Themen beschäftigt:

- Überleitung der Einzelabschlüsse in einen NKF-Summenabschluss,
- Fortschreibung der stillen Reserven,
- Ertrags- und Aufwandskonsolidierung,
- Kapitalkonsolidierung,
- Schuldenkonsolidierung und
- IT-technische Umsetzung.

Wir haben die Erstellung im Monat Oktober 2024 in unserem Hause durchgeführt. Art und Umfang unserer Gesamtabchlussstellung, die entsprechend der Stellungnahme IDW S 7 durchgeführt wurde, haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Die erbetenen Auskünfte und Nachweise sind uns von den gesetzlichen Vertretern der Stadt und den uns benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bereitwillig erteilt worden.

Darüber hinaus hat uns der Bürgermeister in einer berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass zur Erstellung des Gesamtabchlusses zum 31. Dezember 2023 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse, Abgrenzungen und Konsolidierungssachverhalte berücksichtigt sowie alle erforderlichen Angaben gemacht wurden. Insbesondere wurde uns bestätigt, dass besondere Umstände, die die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nachhaltig verschlechtern könnten, nicht bestehen. Zudem wurde uns versichert, dass Gesetzesverstöße, die Bedeutung für den Inhalt des Gesamtabchlusses oder für die Entwicklung der Stadt haben können, nicht bestanden.

3. Feststellungen und Erläuterungen zum Gesamtabschluss

3.1. Grundlagen der Gesamtrechnungslegung

Der Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den Vorschriften des § 116 GO NRW i. V. m. §§ 50 bis 52 KomHVO NRW von uns erstellt.

Der Gesamtabchluss basiert auf den nach einheitlichen Grundsätzen aufgestellten Jahresabschlüssen aller einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zum Abschlussstichtag der Stadt Preußisch Oldendorf (Konsolidierungskreis). Daran anschließend wurden die Jahresabschlüsse der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche zusammengefasst

und um konzerninterne Leistungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bereinigt (Konsolidierung).

Bei dem Jahresabschluss der Stadtwerke Preußisch Oldendorf handelt es sich um einen nach handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellten Jahresabschluss, sodass dieser an die Gliederung für das Neue Kommunale Finanzmanagement angepasst wurde. Für die in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden bei der Aufstellung des Gesamtabchlusses die einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften der Gesamtabchlussrichtlinie beachtet.

Der Gesamtabchluss sowie der Gesamtlagebericht sind nach den Rechnungslegungsvorschriften der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen und des Handelsgesetzbuches (HGB) i. d. F. vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11.04.2024, unter Beachtung der Deutschen Rechnungslegungsstandards DRS aufgestellt und gegliedert worden.

3.2. Konsolidierungskreis

Einbezogene verselbstständigte Aufgabenbereiche

In den Gesamtabchluss ist die Stadt Preußisch Oldendorf als Mutterunternehmen einbezogen. Darüber hinaus wird in den Gesamtabchluss folgender verselbstständigter Aufgabenbereich im Zuge der Vollkonsolidierung einbezogen, da das Mutterunternehmen Aufgaben in öffentlich-rechtlicher Organisationsform ausgegliedert hat:

- Stadtwerke Preußisch Oldendorf, Preußisch Oldendorf (100 %).

Nicht einbezogene verselbstständigte Aufgabenbereiche

Im Hinblick auf die Konsolidierungsvorschriften und in Ausübung des Wahlrechts nach § 116 Abs. 3 GO NRW wurde auf die Einbeziehung der nachfolgend genannten verselbstständigten Aufgabenbereiche in den Gesamtabchluss verzichtet, da sie für die

Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind:

- VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Bohmte (1,55 %),
- MHV Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH, Bad Oeynhausen (2,19 %),
- GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG, Lübbecke,
- Volksbank Lübbecke Land eG, Lübbecke,
- Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG, Minden (0,52 %),
- d-NRW AöR,
- VHS Volkshochschule Altkreis Lübbecke, Espelkamp, und
- KRZ Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo.

3.3. Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse

Gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW i. V. m. § 317 Abs. 3 HGB ist durch uns auch zu prüfen, ob der im Gesamtabchluss zusammengefasste Jahresabschluss der Stadtwerke sowie die konsolidierungsbedingten Anpassungen ordnungsmäßig sind. Von dieser Pflicht sind wir jedoch insofern befreit, als wir uns auf geprüfte Jahresabschlüsse stützen können, soweit diese bereits nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt worden sind. Sind die Jahresabschlüsse von einem anderen Abschlussprüfer geprüft worden, erfolgt eine Überprüfung dessen Arbeit.

Der Jahresabschluss der Stadt Preußisch Oldendorf sowie der Jahresabschluss der Stadtwerke Preußisch Oldendorf wurden durch unsere Gesellschaft geprüft. Der Jahresabschluss des einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereichs wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk nach § 322 Abs. 3 HGB bzw. § 101 GO NRW versehen. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses des in den Gesamtabchluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereichs kommen konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum Ansatz.

Die Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabchluss einbezogenen Abschlüsse ist gegeben. Konsolidierungsbedingte Anpassungen an die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Stadt Preußisch Oldendorf wurden einer Plausibilitätsprüfung unterzogen, wobei sich Beanstandungen nicht ergaben.

3.3.1. Konsolidierungskreis und -methoden

Erstellung des Gesamtabchlusses

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt EDV-gestützt. Die Konsolidierungsvorgänge sind ordnungsgemäß nachgewiesen und protokolliert.

a) Vollkonsolidierung

Kapitalkonsolidierung

Für die erstmalige Kapitalkonsolidierung wurde gemäß § 301 Abs. 2 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW auf den Zeitpunkt des fiktiven Erwerbs, somit den Stichtag der städtischen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007, abgestellt.

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat in ihrer Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 das Sondervermögen in Form der Stadtwerke Preußisch Oldendorf zulässigerweise mit dem Substanzwertverfahren nach § 56 Abs. 6 KomHVO NRW bewertet. Dabei ergab sich ein Unterschiedsbetrag zwischen dem Wert des Sondervermögens und dem tatsächlichen Eigenkapital der Gesellschaft. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurden die stillen Reserven zum fiktiven Erwerbszeitpunkt aufgedeckt und in den Folgejahren abgeschrieben.

Zwischenergebniseliminierung

Sachverhalte, die die Notwendigkeit einer Zwischenergebniseliminierung nach § 304 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW begründet hätten, haben sich nicht ergeben. Auf eine Zwischenergebniseliminierung konnte daher verzichtet werden.

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung sind gem. § 303 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW die Forderungen und Verbindlichkeiten des einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereichs mit den Forderungen und Verbindlichkeiten der Stadt zu verrechnen.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung sind gemäß § 305 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW die ergebniswirksamen Aufwendungen und Erträge miteinander zu verrechnen.

Abschließend stellen wir damit fest, dass die Ordnungsmäßigkeit der durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen gegeben ist.

a) At Equity-Methode

Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die nicht im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen werden, die aber unter einem maßgeblichen Einfluss der Kommune stehen, werden „at Equity“ in den Gesamtabschluss einbezogen.

Im Gesamtabchluss der Stadt Preußisch Oldendorf musste kein verselbstständigter Aufgabenbereich in Form der at Equity-Methode berücksichtigt werden.

3.3.2. Gesamtabschluss

Wir haben den Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2023 ordnungsgemäß aus dem Jahresabschluss des einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereichs sowie den ergänzenden Unterlagen zu den Konsolidierungsmaßnahmen erstellt.

Der Gesamtabschluss, bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtkapitalflussrechnung zum 31. Dezember 2023, ist gemäß §§ 50 bis 52 KomHVO NRW i. V. m. §§ 300 bis 309 HGB aufgestellt und entspricht nach unserer prüferischen Durchsicht den gesetzlichen Vorschriften.

Der Gesamtanhang und die beigefügte Gesamtkapitalflussrechnung wurden von uns nach allen gemäß den gesetzlichen Vorschriften erforderlichen Angaben und Aufgliederungen erstellt.

3.3.3. Gesamtlagebericht

Der von den gesetzlichen Vertretern erstellte Gesamtlagebericht entspricht den Vorschriften des § 52 KomHVO NRW und steht in Einklang mit dem Gesamtabchluss sowie unseren im Rahmen der Erstellung gewonnenen Erkenntnissen. Die sonstigen Angaben erwecken keine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage.

3.3.4. Beteiligungsbericht

Der von den gesetzlichen Vertretern erstellte Beteiligungsbericht wurde von uns ohne weitere Beurteilung dem Gesamtabchluss beigefügt.

3.4. Ausgewählte Erläuterungen zum Gesamtabchluss 31.12.2023

Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden der Stadt in dem vorliegenden Gesamtabchluss zum 31. Dezember 2023 erfolgte gemäß den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), der Verordnung über das Haushaltswesen der Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) sowie den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) i. d. F. vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. April 2024.

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat zum 1. Januar 2007 erstmalig unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung eine Eröffnungsbilanz aufgestellt. Gemäß § 92 Abs. 2 GO NRW waren die Wertansätze der Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten vorzunehmen. Die so für die Eröffnungsbilanz ermittelten Werte für die Vermögensgegenstände gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- und Herstellungskosten, die fortzuführen sind. Diese Anschaffungs- und Herstellungskosten stellen künftig die Wertobergrenze für die Bewertung im gemeindlichen Jahresabschluss dar.

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat für die wesentlichen Eckpunkte des Konzerns einheitliche Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisvorschriften in einer Gesamtabchlussrichtlinie festgehalten.

Die einzelnen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Anhang angegeben.

Als wesentliche Bewertungsgrundlagen sind hier genannt:

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen Abschreibungen bewertet. Die immateriellen Vermögensgegenstän-

de und das Sachanlagevermögen werden nach Maßgabe der Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Im Hinblick auf die künftigen Abschreibungsdauern hat sich die Stadt an den Empfehlungen des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert. Anpassungen von steuerlichen Nutzungsdauern bei Vermögensgegenständen der Stadtwerke erfolgten im Rahmen der Gesamtabchlussstellung auf Grund von Wesentlichkeitsaspekten nicht.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen nach beamtenrechtlichen Vorschriften wurden in der Bilanz unter dem Posten Pensionsrückstellungen zusammengefasst. Die Höhe der Pensionsrückstellung wurde auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, ermittelt. Die Rückstellung enthält neben den künftigen Versorgungsleistungen der Stadt Preußisch Oldendorf auch die Ansprüche auf Beihilfe. Die Bewertung erfolgt mit dem in § 37 Abs. 1 KomHVO NRW vorgesehenen Rechnungszinsfuß von 5 % unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Zugrundelegung von Echtzeitdaten. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31. Dezember 2023 maßgeblichen Werte in Ansatz gebracht. Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils (Basis: „Wahrscheinlichkeitstafeln für die Krankenversicherung 2019 gemäß § 159 VAG“, veröffentlicht von der BaFin am 30.12.2020, Geschäftszeichen VA 15-I 5475-Kra-2020/0008) mit um 15,69 % dynamisierten Kopfschäden. Die Bewertung erfolgt unter Verwendung der Statistiken für Zahnbehandlung und Zahnersatz, ambulante Heilbehandlung, stationäre Heilbehandlung im Zweibettzimmer sowie ambulante und stationäre Pflege aller Pflegegrade jeweils für Beihilfeberechtigte.

Die am 21.12.2023 veröffentlichten Wahrscheinlichkeitstafeln für die Krankenversicherung 2022 gemäß § 159 VAG, VA 15-I 5101/00083#00011 basieren ebenso wie die am 21.12.2022 veröffentlichten Wahrscheinlichkeitstafeln für die Krankenversicherung 2021 gemäß § 159 VAG, GZ: VA 15-I 5101/00075#00003 und die am 30.12.2021 veröffentlichten Wahrscheinlichkeitstafeln für die Krankenversicherung 2020 gemäß § 159

VAG, GZ: VA 15-I 5101/00010#00013, auf den tatsächlich beobachteten Leistungsausgaben in einem Zeitraum, der in erheblichem Umfang durch die COVID19-Pandemie beeinflusst wurde, und sind daher aus aktueller Sicht für eine sachgerechte Bewertung der zukünftigen Beihilfeausgaben nicht geeignet. Stattdessen werden die Wahrscheinlichkeitstabellen für die Krankenversicherung 2019 gemäß § 159 VAG, veröffentlicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 30.12.2020, GZ: VA 15-I 5475-Kra-2020/0008, mit um 15,69 % erhöhten Kopfschäden verwendet. Der Anpassungsfaktor von 15,69% wurde hierbei durch einen Abgleich der erwarteten mit den tatsächlichen Beihilfezahlungen der kvw-Beihilfekasse ermittelt.

Unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, soweit ihre Nachholung hinreichend konkretisiert ist, wurden nicht durch einen Bewertungsabschlag, sondern in Form von Instandhaltungsrückstellungen berücksichtigt. Weitere Instandhaltungsrückstellungen der Stadtwerke Preußisch Oldendorf wurden im Rahmen von Ansatz- und Bewertungsunterschieden aus Wesentlichkeitsaspekten nicht gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen nach § 37 Abs. 5 KomHVO NRW wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrages angesetzt. Langfristige Rückstellungen beinhalten entgegen der handelsrechtlichen Rechnungslegung keine Preissteigerungen oder Trendantizipationen und werden bis auf die Pensionsrückstellungen nicht ab- oder aufgezinst.

Mittelbare Versorgungszusagen, die gegenüber den tariflich Beschäftigten bei der Zusatzversorgungskasse bestehen, werden in Ausübung des Wahlrechts des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht passiviert.

Steuern, Gebühren, Beiträge

Das NKF beinhaltet - wie das kaufmännische Rechnungswesen - grundsätzlich das Bruttoprinzip (§ 11 KomHVO NRW), d. h. Erträge und Aufwendungen sind getrennt zu erfassen. § 24 Abs. 4 KomHVO NRW erlaubt hiervon bezüglich der Abgaben, abgabenähnlichen Erträge und allgemeinen Zuweisungen eine Abweichung. Er trägt damit

dem Umstand der Praxis Rechnung, dass bei den genannten Ertragsarten regelmäßig nachträgliche Berücksichtigungen zu erwarten sind. Handelt es sich um eine andauernde, regelmäßig wiederkehrende Leistungspflicht des Dritten, so werden Erstattungen von zu viel berechneten und gezahlten Beträgen mit den späteren Zahlungen verrechnet oder müssen zurückgezahlt werden. Für den Ausweis bedeutet dies, dass Rückzahlungen von den Erträgen abzusetzen sind. Zu den Abgaben im Sinne des § 24 KomHVO NRW gehören z. B. Steuern, Gebühren und Beiträge.

Personalaufwendungen

Hierzu gehören alle auf der Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen für das aktive Personal und Aufwendungen, die auf Grund von sonstigen arbeitnehmerähnlichen Vertragsformen geleistet werden. Ausgewiesen werden insbesondere die Dienstaufwendungen, Beiträge zu Versorgungskassen und gesetzlichen Sozialversicherungen, Beihilfen, Unterstützungsleistungen, Veränderungen hinsichtlich der Pensions- und Personalkostenrückstellungen sowie pauschalierte Lohnsteuer.

Versorgungsaufwendungen

Unter den Versorgungsaufwendungen sind alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den ehemaligen Beschäftigten der Kommune zu verstehen. Dazu gehören in erster Linie die laufenden Beiträge zur Versorgungskasse und Veränderungsbuchungen der Pensionsrückstellung für Versorgungsempfänger und ihrer Hinterbliebenen.

4. Bescheinigung über die Erstellung mit Plausibilitätsbeurteilung

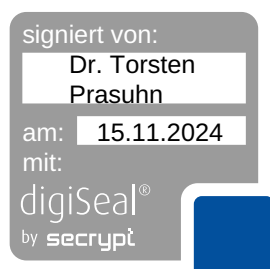
An die Stadt Preußisch Oldendorf:

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Gesamtabschluss - bestehend aus Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung und Gesamtanhang - der Stadt Preußisch Oldendorf für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 unter Beach-

tung der gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die von uns geprüften Einzelabschlüsse, die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft, wohl aber auf Plausibilität beurteilt haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Weiterhin haben wir den Lagebericht einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars, des Gesamtabchlusses und des Gesamtlageberichts nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards „Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7)“ durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Zur Beurteilung der Plausibilität der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, an deren Zustandekommen wir nicht mitgewirkt haben, haben wir Befragungen und analytische Beurteilungen vorgenommen, um mit einer gewissen Sicherheit auszuschließen, dass diese nicht ordnungsgemäß sind. Weiterhin haben wir den Lagebericht einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Hierbei sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit der uns vorgelegten Unterlagen und des auf dieser Grundlage von uns erstellten Gesamtabchlusses bzw. gegen die Ordnungsmäßigkeit des Lageberichts sprechen.

Bad Oeynhausen, den 04.11.2024



INTECON
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Schirmbeck)
Steuerberater


(Dr. Prasuhn)
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

A N L A G E N

- Anlage 1:** Gesamtbilanz zum 31.12.2023
- Anlage 2:** Gesamtergebnisrechnung vom 01.01.2023 bis 31.12.2023
- Anlage 3:** Gesamtanhang zum 31.12.2023
Anlagen zum Anhang:
- Verbindlichkeitspiegel zur Schlussbilanz
- Kapitalflussrechnung 2023
- Anlage 4:** Lagebericht der Stadt Preußisch Oldendorf zum Gesamtabschluss 2023
- Anlage 5:** Beteiligungsbericht der Stadt Preußisch Oldendorf für das Haushaltsjahr 2023
- Anlage 6:** Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

AKTIVA			Gesamtbilanz zum 31.12.2023		PASSIVA		
	<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2022</u>		<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2023</u>	<u>31.12.2022</u>
	€	€	€		€	€	€
0. Aufwendungen zur Erhaltung der gemeindlichen Leistungsfähigkeit		2.617.600,04	1.700.716,04	1. Eigenkapital			
1. Anlagevermögen				1.1 Allgemeine Rücklage	12.495.953,98		12.453.984,95
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände		268.705,15	262.768,18	1.2 Ausgleichsrücklage	4.480.819,04		4.258.506,46
1.2 Sachanlagen				1.3 Gesamtjahresergebnis	-1.818.246,73	15.158.526,29	210.884,66
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte				2. Sonderposten			16.923.376,07
1.2.1.1 Grünflächen	3.706.529,63		3.681.091,02	2.1 Sonderposten für Zuwendungen	27.147.983,27		26.439.631,11
1.2.1.2 Ackerland	1.842.481,53		1.850.779,53	2.2 Sonderposten für Beiträge	5.686.042,91		6.245.218,52
1.2.1.3 Wald, Forsten	265.966,61		265.966,61	2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	178.210,41		205.712,52
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	114.973,00		114.973,00	2.4 Sonstige Sonderposten	570.377,44		430.654,79
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte						33.582.614,03	33.321.216,94
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	928.066,45		852.908,00				
1.2.2.2 Schulen	10.536.020,23		10.830.591,71	3. Rückstellungen			
1.2.2.3 Wohnbauten	8.042.676,81		1.061.131,00	3.1 Pensionsrückstellungen	9.184.508,00		9.277.564,00
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	9.547.961,86		9.657.167,45	3.2 Instandhaltungsrückstellungen	794.567,03		802.243,43
1.2.3 Infrastrukturvermögen				3.3 Sonstige Rückstellungen	2.080.100,89		2.517.787,32
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	5.796.624,07		5.701.935,70			12.059.175,92	12.597.594,75
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.819.134,82		1.888.264,00	4. Verbindlichkeiten			
1.2.3.3 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	31.618.203,85		30.850.047,86	4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	43.632.520,35		33.090.475,97
1.2.3.4 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	16.417.206,88		16.232.094,68	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	448.707,63		749.805,86
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.049.475,34		889.069,00	4.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.922.516,58		952.206,35
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	8.500,00		9.183,00	4.4 Sonstige Verbindlichkeiten	1.353.922,41		664.543,90
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.979.057,44		2.885.734,00	4.5 Erhaltene Anzahlungen	1.384.214,59		1.796.711,18
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.526.792,27		1.614.978,98			48.741.881,56	37.253.743,26
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.514.504,41		4.289.663,72				
		102.714.175,20	92.675.579,26				
1.3 Finanzanlagen				5. Passive Rechnungsabgrenzung		316.071,22	337.878,12
1.3.1 Übrige Beteiligungen	18.805,74		18.805,74				
1.3.2 Sondervermögen	0,00		0,00				
1.3.3 Wertpapiere des Anlagevermögens	200.221,79		200.221,79				
1.3.4 Ausleihungen	273.796,54		282.696,50				
		492.824,07	501.724,03				
2. Umlaufvermögen							
2.1 Vorräte							
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	300.157,94		291.895,90				
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
2.2.1 Forderungen	2.597.992,60		2.735.851,20				
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	99.807,51		156.085,62				
2.3 Liquide Mittel	381.016,54		1.750.185,85				
		3.378.974,59	4.934.018,57				
3. Aktive Rechnungsabgrenzung		385.989,97	359.003,06				
		<u>109.858.269,02</u>	<u>100.433.809,14</u>			<u>109.858.269,02</u>	<u>100.433.809,14</u>

Gesamtergebnisrechnung vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

	EUR	Haushaltsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Steuern und ähnliche Abgaben	15.931.653,07		17.050.865,25
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.968.255,20		7.085.096,30
3. Sonstige Transfererträge	39.908,02		56.082,12
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.622.056,44		5.820.579,83
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.845.035,63		1.824.922,77
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	391.517,22		338.888,93
7. Sonstige ordentliche Erträge	768.466,77		871.884,92
8. Aktivierte Eigenleistungen	198.506,67		217.962,96
9. Ordentliche Gesamterträge		31.765.399,02	33.266.283,08
10. Personalaufwendungen	5.684.587,04		5.354.285,07
11. Versorgungsaufwendungen	419.591,61		704.534,76
12. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.428.949,99		6.849.923,04
13. Bilanzielle Abschreibungen	4.019.115,01		4.292.470,14
14. Transferaufwendungen	12.531.372,85		12.882.053,98
15. Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.520.465,36		2.196.894,48
16. Ordentliche Gesamtaufwendungen		33.604.081,86	32.280.161,47
17. Ordentliches Gesamtergebnis		-1.838.682,84	986.121,61
18. Finanzerträge	6.364,06		8.804,78
19. Finanzaufwendungen	902.811,95		784.041,73
20. Gesamtfinanzergebnis		-896.447,89	-775.236,95
21. Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit		-2.735.130,73	210.884,66
22. Außerordentliche Erträge		916.884,00	0,00
23. Außerordentliches Gesamtergebnis		916.884,00	0,00
24. Gesamtjahresergebnis		-1.818.246,73	210.884,66

Gesamtanhang zum 31.12.2023

1. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Gesamtabchluss

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat zum 1. Januar 2007 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. In den neuen Regelungen der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (KomHVO NRW) ist auch geregelt, dass die Kommunen — erstmals zum 31. Dezember 2010 — einen Gesamtabchluss aufstellen müssen.

Grundlage des Gesamtabchlusses bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Stadt Preußisch Oldendorf sowie ihres verselbstständigten Aufgabenbereichs im Konsolidierungskreis. Anschließend müssen für die Erstellung einer Gesamtergebnisrechnung und Gesamtbilanz diejenigen Erträge und Aufwendungen sowie Bilanzpositionen eliminiert werden, die allein innerhalb des Konsolidierungskreises wirksam werden (Konsolidierung). Schließlich sind für den Gesamtabchluss ein Gesamtanhang sowie ein Gesamtlagebericht unter Berücksichtigung auch des verselbstständigten Aufgabenbereichs zu erstellen. Dem Gesamtabchluss ist darüber hinaus ein Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW beizufügen.

Der Inhalt des Gesamtanhangs wird in § 52 Abs. 2 und 3 KomHVO NRW geregelt. Demnach sind im Gesamtanhang zu den Posten der Gesamtbilanz und den Positionen der Gesamtergebnisrechnung die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Wertansätze beurteilen können. Die Anwendung von zulässigen Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist im Einzelnen anzugeben. Dem Gesamtanhang ist eine Kapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) beizufügen.

Darüber hinaus ist dem Gesamtanhang gemäß § 50 Abs. 3 i. V. m. § 48 KomHVO NRW ein Gesamtverbindlichkeitspiegel beizufügen.

Durch den Gesamtanhang soll es den Adressaten des Gesamtabchlusses ermöglicht werden, die wirtschaftliche Gesamtlage der Stadt zutreffend beurteilen zu können. Dieses Ziel sowie die Aussagefähigkeit des Gesamtanhangs sollen auch dadurch gewährleistet werden, dass nur wenige gewichtige Sachverhalte benannt sind, die eine gesonderte Erläuterungspflicht im Anhang auslösen. Alle Angaben müssen informationsrelevant sein und dürfen nicht durch eine Vielzahl von nicht relevanten Angaben verschleiert werden.

2. Angaben zum Konsolidierungskreis

Zweck der Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist die Festlegung und Einordnung der verselbstständigten Aufgabenbereiche der Stadt Preußisch Oldendorf, die zusammen mit der Stadt selbst einen Gesamtabschluss bilden und deren Beziehungen untereinander eliminiert werden müssen. Damit soll gewährleistet werden, dass jährlich die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Preußisch Oldendorf insgesamt so dargestellt wird, als ob es sich bei der Stadt Preußisch Oldendorf und ihren verselbstständigten Aufgabenbereichen um ein einziges „Unternehmen“ handeln würde (Einheitsgrundsatz).

Grundsätzlich hat die Stadt Preußisch Oldendorf gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW ihren Jahresabschluss sowie die Jahresabschlüsse aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form im Gesamtabschluss zu konsolidieren (Vollständigkeitsgrundsatz). Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind, brauchen gemäß § 116 Abs. 3 GO NRW hingegen nicht in den Gesamtabchluss einbezogen werden.

Die Stadt Preußisch Oldendorf ist an folgenden verselbstständigten Aufgabenbereichen beteiligt:

Beteiligung / Ausleihungen	Anteil Stadt	Beteiligungs- und Ausleihungsbuchwert zum 31. Dezember 2023
Stadtwerke Preußisch Oldendorf	100 %	12.200.952,46 €
MHV Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH	2,19 %	950,00 €
VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH	1,55 %	8.580,00 €
GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG	10 Geschäftsanteile	1.600,00 €
Volksbank Lübbecke Land eG	7 Geschäftsanteile	1.050,00 €
Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG	0,52 %	2.704,00 €
VHS Volkshochschule Altkreis Lübbecke	*	2.350,74 €
KRZ Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	*	1,00 €
d-NRW AöR	*	1.000,00 €

* Bei den umlagefinanzierten Zweckverbänden KRZ und VHS sowie der d-NRW AöR sind keine prozentualen Anteile an dem Unternehmen zu bestimmen.

Nach den Vorgaben zum Konsolidierungskreis in § 51 KomHVO NRW sind diejenigen Betriebe zu konsolidieren, die in öffentlich-rechtlicher Organisationsform geführt werden. Hinzu kommen die privatrechtlichen Betriebe, die unter der einheitlichen Leitung oder unter maßgeblichem Einfluss der Stadt stehen. Maßgeblicher Einfluss wird vermutet, wenn der Stadt ein Stimmrechtsanteil von mindestens 20 % zusteht.

Unter dieser Prämisse sind die VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück, GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG, Volksbank Lübbecke Land eG, MHV Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH, Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG, die Volkshochschule Altkreis Lübbecke sowie das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe und die d-NRW AöR nicht in die Konsolidierung einzu-

beziehen. Bei diesen Beteiligungen sind zudem keine Anzeichen zu erkennen, die die Vermutung des fehlenden maßgeblichen Einflusses durch die Stadt Preußisch Oldendorf widerlegen würden.

Im Konsolidierungskreis für den Gesamtabschluss verbleiben demnach nur die Stadtwerke Preußisch Oldendorf. Gemäß § 51 Abs. 1 und Abs. 2 KomHVO NRW werden die verselbstständigten Aufgabenbereiche nach §§ 300 bis 309 HGB vollkonsolidiert. Die übrigen Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten in die Gesamtbilanz übernommen.

Eine schematische Übersicht über sämtliche Beteiligungen der Stadt Preußisch Oldendorf sowie gesonderte Angaben zu den nicht in den Gesamtabchluss einbezogenen städtischen Beteiligungen sind dem Beteiligungsbericht zu entnehmen, welcher dem Gesamtabschluss beigelegt ist.

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Aus dem Einheitsgrundsatz folgt, dass keine Anteile der Stadt an voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereichen im Gesamtabchluss ausgewiesen werden dürfen. Somit sind die Buchwerte der Beteiligungen mit den korrespondierenden Posten des Eigenkapitals des verselbstständigten Aufgabenbereichs aufzurechnen (Kapitalkonsolidierung).

Bei der Kapitalkonsolidierung ist gemäß § 301 Abs. 1 und 2 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW festzulegen, welche Wertansätze zu Grunde zu legen sind und zu welchem Zeitpunkt die erstmalige Kapitalkonsolidierung durchgeführt wird.

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 das Sondervermögen der Stadtwerke Preußisch Oldendorf zulässigerweise mit der Neubewertungsmethode gemäß § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 HGB a. F. bewertet. Dabei erfolgte die Verrechnung mit dem Eigenkapital auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Konzernbetriebe in den Gesamtabchluss.

Für die erstmalige Kapitalkonsolidierung wurde daher gemäß § 301 Abs. 2 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW auf den Zeitpunkt des (fiktiven) Erwerbs, den Stichtag der städtischen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007, abgestellt.

Die aus der Neubewertung resultierenden Unterschiedsbeträge zwischen den Buchwerten und Zeitwerten des Anlagevermögens wurden mit dem Eigenkapital auf der Passivseite verrechnet. Diese Unterschiedsbeträge, auch stille Reserven genannt, wurden zum Stichtag 1. Januar 2007 aufgedeckt. Um nun den tatsächlichen Wert des Vermögens zum Bilanzstichtag wiederzugeben, werden die stillen Reserven abgeschrieben.

Um die stillen Reserven abschreiben zu können, wurde aus Vereinfachungsgründen die durchschnittliche Restnutzungsdauer für zuvor ermittelte Gruppierungen bestimmt. Die Vermögensgegenstände und auch die Sonderposten wurden mit der entsprechend ermittelten durchschnittlichen Restnutzungsdauer linear abgeschrieben. Aus Wesentlichkeitsgründen wurde auf die Anpassung der geometrisch-degressiven Abschreibung verzichtet. Ebenfalls wurde angenommen, dass die Anlagen im Bau, die zum Bewertungsstichtag 1. Januar 2007 bestanden, inzwischen fertiggestellt wurden. Die Abschreibung wurde im Gesamtabschluss somit gemäß den entsprechenden Gruppierungen vorgenommen.

Die Schuldenkonsolidierung nach § 303 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW dient der zutreffenden Darstellung der Gesamtvermögenslage, da interne Schuldbeziehungen im Konzern Verpflichtungen gegenüber sich selbst darstellen, die nach den Ansatzgrundsätzen in der Gesamtbilanz nicht berücksichtigt werden dürfen. Die Gesamtbilanz würde durch Sachverhalte aufgebläht, die im Verhältnis zwischen Gesamtkonzern und Dritten nicht existieren. Die Vermögenslage würde somit ohne Schuldenkonsolidierung aus Sicht des Konzerns falsch dargestellt. Ansprüche und Verbindlichkeiten, die sich in gleicher Höhe gegenüberstanden, wurden daher eliminiert. Aufrechnungsdifferenzen wurden je nach Sachverhalt erfolgsneutral oder erfolgswirksam durch nachträgliche Buchungen korrigiert, sofern sie wesentlich waren.

Mit der Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW) wird die Gesamtergebnisrechnung von Erfolgskomponenten befreit,

die aus Geschäften zwischen einbezogenen Konzernorganisationen resultieren. Nach der Aufwands- und Ertragskonsolidierung weist die Gesamtergebnisrechnung grundsätzlich nur noch Aufwendungen und Erträge aus Geschäften mit nicht voll zu konsolidierenden Organisationen aus. Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurde auf Basis der gebuchten Aufwendungen und der Erträge in der Stadt bzw. in den Stadtwerken durchgeführt. Entstandene Aufrechnungsdifferenzen wurden erfolgswirksam korrigiert, sofern sie wesentlich waren.

Sachverhalte, die die Notwendigkeit einer Zwischenergebniseliminierung nach § 304 HGB i. V. m. § 51 Abs. 1 KomHVO NRW begründet hätten, haben sich nicht ergeben. Auf eine Zwischenergebniseliminierung wurde daher verzichtet.

4. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden / Erläuterungen zur Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung

Das Wesen der Einheitstheorie besteht darin, dass sie den „Konzern Stadt“ trotz rechtlicher Selbstständigkeit der einzelnen verselbstständigten Aufgabenbereiche als wirtschaftliche Einheit betrachtet. Entsprechend der Grundsätze ordnungsgemäßer Gesamtrechnungslegung sind daher gemäß § 50 Abs. 3 KomHVO NRW für den Gesamtabschluss grundsätzlich die kommunalrechtlichen Vorschriften für Bilanzierung und Bewertung anzuwenden. Ansatz, Ausweis und Bewertung aus den Einzelabschlüssen der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden daher an die Vorschriften der KomHVO NRW angepasst, wobei von zulässigen Vereinfachungsregelungen Gebrauch gemacht wurde.

Im Folgenden werden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ebenso wie relevante Erläuterungen zur Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung getrennt nach Bilanzpositionen dargestellt:

Die zu aktivierende Bilanzierungshilfe wurde entsprechend der Vorgaben, des „Gesetzes zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land Nordrhein-Westfalen“ (NKF-CUIG) vom 29.09.2020 in Höhe der Haushaltsbelastung infolge der COVID-19-

Pandemie und des Krieges in der Ukraine durch Mindererträge und Mehraufwendungen ermittelt.

Das NKF-CUIG beinhaltet zwei Wege zur Isolierung der corona- und kriegsbedingten Schäden. Die Stadt Preußisch Oldendorf hat von der „Genauen Ermittlung“ nach § 5 Abs. 3 S.1 NKF-CUIG Gebrauch gemacht. Die nicht konkret zu ermittelnden Belastungen werden durch eine Nebenrechnung dargestellt. Hierzu erfolgt die Gegenüberstellung der entsprechenden Teile der Ergebnisplanung des Haushaltsjahres 2023 mit dem korrespondierenden Entwurf der Ergebnisrechnung 2023 („Pauschale Ermittlung“).

Die immateriellen Vermögensgegenstände der Stadt Preußisch Oldendorf werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibung nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer gemäß § 36 KomHVO NRW vermindert.

Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden grundsätzlich linear nach § 36 Abs. 1 Satz 2 KomHVO NRW abgeschrieben. Die Form der degressiven Abschreibung nach § 36 Abs. 1 Satz 3 KomHVO NRW wird angewandt, wenn dieses dem Ressourcenverbrauch der Anlage besser entspricht.

Im Kernhaushalt erfolgen die Abschreibungen gemäß § 36 Abs. 1 KomHVO NRW grundsätzlich auf der Grundlage der Tabelle über die ortsüblichen Nutzungsdauern der Stadt Preußisch Oldendorf, die sich an der Rahmentabelle des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen orientiert. Nutzungsdauern des Sachanlagevermögens der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden nicht auf eine einheitliche Bewertung angepasst, da die Auswirkungen für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nicht von wesentlicher Bedeutung wären.

Bewegliche Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu € 800,00 ohne Umsatzsteuer wurden im Kernhaushalt nach den Regelungen des § 36 Abs. 3 KomHVO NRW im Jahr des Zugangs unmittelbar als Aufwand verbucht. Bei dem voll zu konsolidierenden Sondervermögen wurden bewegliche Vermögensgegenstände mit An-

schaffungskosten bis zu € 800,00 ohne Umsatzsteuer nach den Vorschriften gemäß § 6 Abs. 2 EStG unmittelbar als Aufwand verbucht.

Im Finanzanlagevermögen werden unter anderem die Anschaffungs- oder Herstellungskosten der verbundenen Unternehmen sowie die übrigen Beteiligungen, die nicht im Gesamtabschluss zu konsolidieren sind, bilanziert. Die Mitgliedschaft in dem Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe wurde mit einem Erinnerungswert von einem Euro berücksichtigt. Der Beteiligungswert an dem Zweckverband Volkshochschule Altkreis Lübbecke wurde - in Abstimmung mit allen Mitgliedern des Zweckverbands - nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode ermittelt. Die Beteiligung an der PRO-E Preußisch Oldendorfer Energieversorgungs GmbH wird unter Anwendung der Eigenkapitalspiegelbildmethode bilanziert.

In der Bilanzposition „Sonstige Ausleihungen“ sind - neben den tatsächlichen Ausleihungen - die Anteile an der Genossenschaft Volksbank Lübbecke Land eG sowie der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG (GBSL) ausgewiesen. Die Bilanzierung erfolgte zum jeweiligen Nennwert der Anteile.

Des Weiteren sind unter dieser Position die Beteiligungen an der Minden-Herforder-Verkehrsgesellschaft mbH (MHV) und der Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH (VLO) aufgeführt. Die Unternehmen sind in Höhe des in den Gesellschafterverträgen festgelegten Anteilwertes bilanziert.

Vorräte werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Zum Verkauf anstehende Baulandflächen werden unter den Vorräten bilanziert, die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Sofern der beizulegende Wert zum Bilanzstichtag niedriger war, wurden Abschreibungen auf diesen vorgenommen.

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken zum Nominalwert bewertet. Zweifelhafte Forderungen wurden einzelwertberichtigt. Die Höhe der vorgenommenen Wertberichtigungen richtet sich nach dem wahrscheinlichen Ausfallrisiko. Die Zusammenfassung von Forderungsarten und Ausleihungen wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen.

Unter den liquiden Mitteln sind die Guthaben bei den Kreditinstituten und die Barkassenbestände zum 31. Dezember 2023 ausgewiesen.

Im Eigenkapital stellt die allgemeine Rücklage die Differenz zwischen sämtlichen Aktivposten und den übrigen Passivposten der Bilanz dar. Die Ausgleichsrücklage beinhaltet die Jahresüberschüsse der Stadt Preußisch Oldendorf 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022.

Als Gesamtergebnis des „Konzerns Stadt Preußisch Oldendorf“ wird ein Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von € -1.818.246,73 ausgewiesen.

Sonderposten für Zuwendungen im Bereich des städtischen Einzelabschlusses wurden - soweit möglich - einem konkreten Vermögensgegenstand zugeordnet und entsprechend dessen Nutzungsdauer ertragswirksam aufgelöst. Den in 2023 erhaltenen sonstigen Investitionszuwendungen wurden konkrete Maßnahmen zugeordnet und als Sonderposten in der Bilanz abgebildet. Im Jahr 2023 nicht zuzuordnende Beiträge werden als erhaltene Anzahlungen ausgewiesen.

Die durch die Stadtwerke empfangenen Ertragszuschüsse werden in Anlehnung an den durchschnittlichen Abschreibungssatz des bezuschussten Vermögensgegenstands ergebniswirksam aufgelöst.

Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden nach § 6 Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW gebildet, wenn eine kostenrechnende Einrichtung einen Gebührenüberschuss erwirtschaftet.

In 2023 war ein Überschuss im Bereich der Abfallbeseitigung in Höhe von € 33.102,13 zu verzeichnen, sodass im Haushaltsjahr 2023 eine Zuführung erfolgte.

Im Bereich der Gewässerunterhaltung des Einzugsbereiches „Große Aue“ wurde eine Kostenunterdeckung in Höhe von € 23.315,43 erwirtschaftet. Eine Auflösung des Sonderpostens war nicht notwendig, da er keinen Bestand mehr ausweist. Im Einzugsbereich „Hunte“ wurde eine Kostenunterdeckung in Höhe von € 21.438,58 erwirtschaftet. Der entsprechende Sonderposten aus dem Gebührenaussgleich weist ebenfalls keinen Bestand aus, somit musste auch hier keine Auflösung erfolgen. Im Bereich Friedhof

„Harlinghausen“ wurde eine Kostenunterdeckung in Höhe von € 1.827,26 erzielt. Der Gebührenhaushalt Wasser erzielte eine Kostenunterdeckung in Höhe von € 122.652,52, daher wurde der verbliebene Sonderposten in voller Höhe aufgelöst.

Für Erschließungsmaßnahmen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) NRW und dem Baugesetzbuch (BauGB) sind Beiträge erhoben worden, die in der Bilanz als Sonderposten auszuweisen sind. Im Zuge der Erstellung der kommunalen Eröffnungsbilanz der Stadt Preußisch Oldendorf wurde für die Ermittlung der Sonderposten eine Quote gem. § 57 Abs. 5 KomHVO NRW gebildet. Der eingestellte Wert wurde im Rahmen der Anlagenbuchhaltung fortgeschrieben.

Die Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen nach beamtenrechtlichen Vorschriften wurden in der Bilanz unter dem Posten Pensionsrückstellungen zusammengefasst. Die Höhe der Pensionsrückstellung wurde auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe, Münster, ermittelt. Die Rückstellung enthält neben den künftigen Versorgungsleistungen der Stadt Preußisch Oldendorf auch die Ansprüche auf Beihilfe. Die Bewertung erfolgt mit dem in § 37 Abs. 1 KomHVO NRW vorgesehenen Rechnungszinsfuß von 5 % unter Berücksichtigung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Zugrundelegung von Echtzeitdaten. Für die Höhe der Versorgung werden die zum 31. Dezember 2023 maßgeblichen Werte in Ansatz gebracht. Die versicherungsmathematische Bewertung der Beihilfeverpflichtungen erfolgt auf Grundlage von Kopfschadenstatistiken unter Berücksichtigung eines altersabhängig steigenden Schadenprofils (Basis: Wahrscheinlichkeitstabeln 2019 mit um 15,69 % dynamisierten Kopfschäden, da die Wahrscheinlichkeitstabeln für 2021 und 2022 aufgrund der Coronapandemie nicht repräsentativ sind, statt wie zuletzt 2019). Die Bewertung erfolgt unter Verwendung der Statistiken für Zahnbehandlung und Zahnersatz, ambulante Heilbehandlung, stationäre Heilbehandlung im Zweibettzimmer sowie ambulante und stationäre Pflege aller Pflegegrade jeweils für Beihilfeberechtigte bei einem Erstattungssatz von 70 %.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen werden gemäß § 37 Abs. 4 KomHVO NRW gebildet, wenn die Nachholung der Instandhaltung konkret beabsichtigt und als bisher unterlassen bewertet worden ist.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Die Bewertung erfolgte zum Erfüllungsbetrag. Nach KomHVO NRW dürfen im Gegensatz zu den handelsrechtlichen Vorschriften Rückstellungen grundsätzlich nicht abgezinst werden. Da die Stadtwerke ihre Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr nicht abzinsen, war keine Anpassung notwendig.

Die Verbindlichkeiten werden zum jeweiligen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Zusammenfassung der Verbindlichkeiten wird auf Basis der Mindestgliederung gemäß dem vom Innenministerium herausgegebenen Muster zur Gesamtbilanz vorgenommen.

Einzelheiten sind dem erstellten Verbindlichkeitspiegel (Anlage 3/1) zu entnehmen.

Gemäß § 43 Abs. 3 KomHVO NRW sind Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die einen Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, als passiver Rechnungsabgrenzungsposten zu passivieren. Der Bilanzposten beinhaltet daher im Wesentlichen die für die Nutzung von Grabstellen auf dem städtischen Friedhof Harlinghausen erhobenen Gebühren. Diese werden von den Erwerbern für die Zeit der Nutzungsdauer der Grabstelle im Voraus bezahlt und im Wege der Rechnungsabgrenzung periodengerecht aufgelöst.

5. Rechnungsbezogene Erleichterungen

Die Stadt Preußisch Oldendorf hat seit der Erstellung der Gesamteröffnungsbilanz die vom Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss - lt. deren Praxisbericht - und von der Gemeindeprüfungsanstalt grundsätzlich getragenen, rechnungslegungsbezogenen Erleichterungen angewendet.

5.1 Zusammenfassung der Forderungsarten in einem Bilanzposten

Forderungen werden in der kommunalen Bilanz gem. KomHVO NRW (Einzelabschluss der Kommune) gegliedert nach einer Vielzahl von Arten angesetzt. Der Positionenrahmen für die Gesamtbilanz sieht als Mindestgliederungsanforderung lediglich eine zusammengefasste Position „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ vor, unter der die Ansprüche der Kommune und des Gemeinschaftsbetriebes auszuweisen sind.

In der Gesamtbilanz werden sämtliche Forderungsarten gemäß § 50 Abs. 3 i. V. m. § 42 KomHVO NRW unter den Bilanzpositionen „Forderungen“ und „Sonstige Vermögensgegenstände“ zusammengefasst.

5.2 Zusammenfassung der Verbindlichkeiten nach wesentlichen Arten

Verbindlichkeiten werden in der kommunalen Bilanz gemäß KomHVO NRW nach einer Vielzahl von Arten gegliedert.

Der Positionenrahmen für die Gesamtbilanz sieht eine weniger differenzierte Mindestgliederung nach § 50 Abs. 3 i. V. m. § 42 KomHVO NRW vor.

5.3 Verzicht auf Umgliederung von Umsatzsteuerverdifferenzen

Zwischen der Kommune und dem voll zu konsolidierenden Betrieb bestehen üblicherweise umsatzsteuerpflichtige Leistungsbeziehungen. Da die Umsatzsteuer an die Finanzverwaltung abzuführen ist, stellt diese für den voll zu konsolidierenden Betrieb einen durchlaufenden Posten dar. Von der nicht vorsteuerabzugsfähigen Kommune wird der Bruttobetrag als Aufwand gebucht. Die auf die Leistungsbeziehung zurückzuführenden Beträge werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung aufgerechnet. Es entsteht eine Aufrechnungsdifferenz in Höhe der Umsatzsteuer.

Die Umsatzsteuerverdifferenzen verbleiben gemäß § 51 Abs. 1 und 2 KomHVO NRW i. V. m. § 305 HGB in der Gesamtergebnisrechnung und werden als sonstige betriebliche Aufwendungen dargestellt.

5.4 Beibehaltung der Beteiligungsbuchwerte

Stadtwerke Preußisch Oldendorf

Sofern die Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung erfolgt, können zwischen der Bewertung für die kommunale Eröffnungsbilanz und der Neubewertung zur erstmaligen Aufstellung des Gesamtabchlusses mehrere Jahre vergangen sein.

Da die Kapitalkonsolidierung auf den Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung erfolgt, sind zwischen der Bewertung für die kommunale Eröffnungsbilanz (01.01.2007) und der Neubewertung (31.12.2010) mehrere Jahre vergangen. Es war zu prüfen, ob nicht ggf. schon zu einem Zeitpunkt vor dem 31. Dezember 2010 die Kapitalkonsolidierung

vorgenommen werden sollte. Aus den gesetzlichen Grundlagen ergeben sich zwei Zeitpunkte für die Erstkaptalkonsolidierung. Nach § 51 Abs. 1 KomHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 2 HGB in der Fassung vom 24. August 2002 kann die Erstkaptalkonsolidierung zum Zeitpunkt des fiktiven Erwerbs der Beteiligung (Stichtag der gemeindlichen Eröffnungsbilanz) oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung vorgenommen werden (31.12.2010).

Zur Entscheidungsfindung sollte eine Überprüfung dahingehend erfolgen, ob sich wesentliche wertbildende Faktoren verändert haben. Diese können z. B. umfangreiche Zu- bzw. Abgänge des Anlagevermögens sein. Auch die Eigenkapitalveränderung kann herangezogen werden. Die Prüfung brachte hervor, dass keine wesentlichen Veränderungen stattgefunden haben.

Eine Neubewertung gemäß § 51 Abs. 1 KomHVO NRW i. V. m. §§ 301 Abs. 1 Satz 2 und 308 Abs. 1 HGB der Beteiligung zum Zeitpunkt der Erstkaptalkonsolidierung (31.12.2010) erfolgte somit nicht.

5.5 Verzicht auf die Anpassung von GWG-Erfassungen

Die Stadt Preußisch Oldendorf verbucht geringwerte Wirtschaftsgüter (GWG) < € 800 netto unmittelbar als Aufwand im laufenden Haushaltsjahr. Die Stadtwerke verbuchen ebenfalls geringwertige Wirtschaftsgüter, bis zu einem Betrag von € 800 netto. Ein Anpassungserfordernis ist aus wirtschaftlichen Überlegungen für die Stadtwerke auf Grund der Vielzahl von Wirtschaftsgütern nicht leistbar. Es empfiehlt sich, die geringwertigen Wirtschaftsgüter aus den Jahresabschlüssen der voll zu konsolidierenden Betriebe unverändert zu übernehmen.

Die Stadt Preußisch Oldendorf ist dieser Empfehlung gefolgt (§ 50 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 36 Abs. 3 KomHVO NRW, § 51 KomHVO NRW i. V. m. § 308 HGB).

5.6 Verzicht auf die Anpassung von Herstellungskosten

Nach dem HGB und dem NKF gibt es unterschiedliche Wahl- und Pflichtbestandteile bei den Herstellungskosten. Bei einer Angleichung der Herstellungskosten der Stadtwerke an die Kommune müssten jährlich die Herstellungskosten sowie die Abschrei-

bung für den Gesamtabchluss einzeln ermittelt und im Gesamtabchluss aufwandswirksam angepasst werden. Die Anpassung der jährlichen Abschreibungen in den Folgejahren darf aber nicht das laufende Gesamtergebnis belasten, sondern muss gesondert erfasst und mit den Vorjahresergebnissen verrechnet werden. Dies hätte zur Folge, dass die Stadtwerke eine zweite NKF-Anlagenbuchhaltung führen müssten.

Das Modellprojekt empfiehlt, im Bereich des Umlaufvermögens und grundsätzlich auch im Bereich des Anlagevermögens keine Anpassung von Herstellungskosten für den Gesamtabchluss vorzunehmen (§ 50 Abs. 3 i. V. m. § 34 Abs. 3 KomHVO NRW).

5.7 Verzicht auf die Umgliederung unwesentlicher Bilanzpositionen bzw. einzelner Geschäftsvorfälle

Die Gliederungsschemata für Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung weichen wesentlich von der Gliederung des HGB ab. Im NKF werden teilweise Vermögensgegenstände anderen Bilanzposten sowie Aufwendungen und Erträge anderen Ergebnisrechnungspositionen zugeordnet als im HGB.

Um den Umgliederungsaufwand in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen zu halten, sind vereinzelt bei unwesentlichen Bilanzposten Vereinfachungen vorzunehmen. (§ 50 Abs. 3 i. V. m. §§ 39, 42 KomHVO NRW).

5.8 Verzicht auf die Anpassung von Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden

Nutzungsdauern

Die Nutzungsdauern der voll zu konsolidierenden Betriebe sind in der Regel mit den steuerrechtlichen Vorgaben identisch. Die örtlichen Nutzungsdauern nach NKF orientieren sich in der Regel nicht an den steuerlichen Nutzungsdauern. Somit müssten die den Stadtwerken zu Grunde gelegten Nutzungsdauern für den Gesamtabchluss an das NKF angepasst werden, soweit es sich jeweils um vergleichbare Vermögensgegenstände handelt. Hierfür müssten diese ggf. eine „zweite“ Anlagenbuchhaltung nur für NKF-Zwecke führen und die Nutzungsdauern sämtlicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens an die örtliche NKF-Abschreibungstabelle anpassen.

Die Vereinfachung sieht vor, dass die Nutzungsdauern nur im Bereich der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude bei gleicher Art und Funktion (z. B. Verwaltungsgebäude) überprüft und dann einheitlich festgelegt werden, wenn die Auswirkung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von wesentlicher Bedeutung ist. Dies ist der Fall, wenn die geänderten Abschreibungen 5 % der Gesamtaufwendungen überschreiten.

Abschreibungsmethoden

Die Kommunen schreiben in der Regel linear ab. Die Stadtwerke können aber aus steuerlichen Gründen die degressive oder die Abschreibung nach Leistung zu Grunde legen. Bei einer Angleichung der Abschreibungsmethoden der Stadtwerke an die Kommune müssten jährlich die Abschreibungen für den Gesamtabchluss einzeln ermittelt und im Gesamtabchluss aufwandswirksam angepasst werden. Die Anpassung der jährlichen Abschreibungen in den Folgejahren darf aber nicht das laufende Gesamtergebnis belasten, sondern muss gesondert erfasst und mit den Vorjahresergebnissen verrechnet werden.

Die Vereinfachung der Abschreibungsmethoden sieht vor, dass die Abschreibungsmethoden aus den Jahresabschlüssen der Stadtwerke für Zwecke des Gesamtabchlusses übernommen werden dürfen, da diese in der Regel betriebsspezifisch sind (§ 50 Abs. 3 i. V. m. § 36 Abs. 1, 3 KomHVO NRW, § 51 Abs. 1, 2 KomHVO NRW i. V. m. § 308 HGB).

6. Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Dem Gesamtanhang ist gemäß § 52 Abs. 3 KomHVO NRW eine Gesamtkapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 21 (DRS 21) beizufügen. Sie soll die Gesamtbilanz sowie die Gesamtergebnisrechnung um Informationen hinsichtlich der Herkunft und Verwendung der liquiden Mittel (Finanzlage) des „Konzerns Stadt“, das heißt der Stadt selbst sowie des voll zu konsolidierenden verselbstständigten Aufgabenbereichs, ergänzen.

Ausgangspunkt der Gesamtkapitalflussrechnung ist der Finanzmittelfonds, der dem „Konzern Stadt“ insgesamt zur Verfügung steht. Die Veränderung dieses Fonds in ei-

nem Haushaltsjahr resultiert aus Zahlungen, die dem „Konzern Stadt“ zugeflossen bzw. von diesem abgeflossen sind, sowie aus Wertveränderungen des Fonds selbst. Der Finanzmittelfonds entspricht dabei den ausgewiesenen liquiden Mitteln. Dazu zählen Barbestände, Bestände auf Giro- sowie Festgeldkonten und schließlich unterwegs befindliche Gelder im elektronischen Zahlungsverkehr. Bei der Ermittlung des Cash-flows aus laufender Geschäftstätigkeit wurde die indirekte Methode angewandt.

Die Kapitalflussrechnung ist dem Anhang als Anlage 3/2 beigelegt.

Preußisch Oldendorf, den 22. Oktober 2024

Aufgestellt:

Bestätigt:

Maren Heidenreich
Kämmerin

Marko Steiner
Bürgermeister



Stadt Preußisch Oldendorf
Gesamtabschluss 2023

Verbindlichkeitspiegel zur Schlussbilanz (Stichtag: 31.12.2023)

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag am 31.12.2023 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2022 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	5
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	43.632.520,35	1.465.960,90	6.984.426,16	35.182.133,29	33.090.475,97
2. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	448.707,63	251.197,38	55.900,00	141.610,25	749.805,86
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.922.516,58	1.922.516,58	0,00	0,00	952.206,35
4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.353.922,41	1.341.093,92	12.201,49	627,00	664.543,90
5. Erhaltene Anzahlungen	1.384.214,59	1.384.214,59	0,00	0,00	1.796.711,18
6. Summe aller Verbindlichkeiten	48.741.881,56	6.364.983,37	7.052.527,65	35.324.370,54	37.253.743,26

Nachrichtlich:	Berichtsjahr	Vorjahr
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten keine		

Gesamtkapitalflussrechnung zum 31.12.2023			
		Ergebnis des Haushaltsjahres (in EUR)	Vorjahr (in EUR)
1.	Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	-1.818.246,73	210.884,66
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.019.115,01	4.292.470,14
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-538.418,83	1.562.597,47
4.	+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-3.020.840,63	-2.349.253,43
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	158.887,76	-505.161,15
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.225.385,25	397.550,82
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	367.244,40	313.125,01
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	896.447,89	775.236,95
9.	+/- Ertragsteueraufwand/-ertrag	1,08	1.503,42
10.	-/+ Ertragsteuerzahlung	-1,08	-1.503,42
11.	= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.289.574,12	4.697.450,47
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-27.189,07	-51.727,27
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-14.403.703,25	-4.103.489,19
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	8.899,96	78.504,79
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0,00	-249.514,77
18.	+ Erhaltene Zinsen	6.364,06	8.804,78
19.	= Cashflow aus Investitionstätigkeit	-14.415.628,30	-4.317.421,66
20.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	13.704.837,31	2.700.654,08
21.	- Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-3.463.891,16	-1.592.458,21
22.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	2.418.750,67	971.714,54
23.	- Gezahlte Zinsen	-902.811,95	-784.041,73
24.	= Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	11.756.884,87	1.295.868,68
25.	+/- Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.369.169,31	1.675.897,49
26.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.750.185,85	74.288,36
27.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	381.016,54	1.750.185,85



Lagebericht

der Stadt Preußisch Oldendorf

zum

Gesamtabschluss 2023

1. Vorbemerkungen
2. Das Haushaltsjahr 2023 im Überblick
3. Ertrags- und Aufwandslage
4. Liquidität
5. Investitionen und Finanzierung
6. Vermögens- und Kapitalstruktur
7. Entwicklung der Rückstellungen
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres
9. Chancen und Risiken

1. Vorbemerkungen

Dem Gesamtabchluss der Stadt Preußisch Oldendorf ist nach § 50 Abs. 2 KomHVO NRW ein Gesamtlagebericht beizufügen. Dieser hat die Funktion, das durch den Gesamtabchluss zu vermittelnde Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt einschließlich der verselbstständigten Aufgabenbereiche zu erläutern.

Durch die Einbeziehung aller kommunaler Tätigkeiten soll die Gesamtsituation des „Konzerns Stadt“ transparenter gemacht und eine effektivere Steuerung und Einflussnahme ermöglicht werden. Für Preußisch Oldendorf sind dafür die Bereiche des städtischen Kernhaushalts und der Stadtwerke bei der Betrachtung zu berücksichtigen.

Dies geschieht zum einen durch die Darstellung der wichtigsten Ergebnisse des Gesamtabchlusses des abgelaufenen Haushaltsjahres. Zum anderen erfolgt eine Analyse der Haushaltswirtschaft der Stadt unter Einbeziehung der Stadtwerke, wobei auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen ist.

2. Das Haushaltsjahr 2023 im Überblick

Der diesjährige Gesamtabchluss weist erstmals seit Jahren wieder ein negatives Ergebnis aus. Während das Jahr 2022 mit einem Überschuss von rd. 211.000 € abgeschlossen hat, weist das Ergebnis 2023 einen Fehlbetrag von rd. 1,8 Mio. € aus.

Dabei ruht der Hauptanteil im Kernhaushalt der Stadt Preußisch Oldendorf.

Die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine waren auch in 2023 in vielen Bereichen in Form von Kostensteigerungen (u. a. bei der Materialbeschaffung, bei den Energiekosten und den Zinsbelastungen) spürbar. Angesichts dieser Rahmenbedingungen musste in vielen Bereichen mit erhöhten Risiken geplant werden. Dies führte zu einer geplanten Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von rd. 1,95 Mio. €.

Durch umfangreiche Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen, der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie der Transferaufwendungen entwickelte sich das Jahr 2023 zwar etwas positiver, schloss aber dennoch mit einem Fehlbetrag ab, und zwar in Höhe von rd. 1,4 Mio. €. Das bedeutet gegenüber der Veranschlagung eine Verbesserung von rd. 547.000 €.

Das vorliegende Jahresergebnis ist zu einem Teil auf stark zurückgegangene Erträge bei der Gewerbesteuer (rd. 412.000 €) und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (rd. 207.000 €) zurückzuführen.

Durch erhöhte Zuweisungen für geflüchtete Menschen, insbesondere aus der Ukraine, aber auch aus anderen Krisengebieten konnten aber insgesamt Mehrerträge von rd. 612.000 € verzeichnet werden.

Die außerordentlichen Erträge liegen 1,2 Mio. € unter dem veranschlagten Wert. Es handelt sich hierbei um die Isolierung der Haushaltsbelastungen aufgrund von

Corona und des Krieges in der Ukraine. Diese Bilanzierungshilfe konnte letztmalig in 2023 in Anspruch genommen werden.

Positiv haben sich die Einsparungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von rd. 692.000 € bemerkbar gemacht.

Das Gleiche gilt für die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Hier wurden rd. 542.000 € weniger aufgewendet als geplant. Ein Teil in Höhe von rd. 349.000 € entfällt auf die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens.

Einen weiteren Beitrag zur Ergebnisverbesserung leisteten Einsparungen bei den Transferaufwendungen in Höhe von zusammen rd. 455.000 €. Hier entfällt der größte Teil auf die Kreisumlage und ist auf die nicht veranschlagten und in Anspruch genommenen Rückstellungen aufgrund höherer Steuerkraft zurückzuführen. Aber auch die Sozialtransferleistungen mussten nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden. Es konnten rd. 212.000 € eingespart werden.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit bewegen sich in etwa auf dem veranschlagten Niveau.

Bei den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit kam es zu Einsparungen von rd. 11,0 Mio. €. Diese sind zum einen durch eine vollständige Veranschlagung der Gesamtinvestition im Jahr des Baubeginns zu erklären, um eine größtmögliche Flexibilität der Mittel je nach Baufortschritt zu ermöglichen. So stehen für das neue Dorfzentrum in Lashorst noch rd. 2,6 Mio. € zur Verfügung, die ins Folgejahr übertragen wurden. Das gleiche gilt für den Grunderwerb von Wohnbauflächen (rd. 968.000 €), den Erwerb von Fahrzeugen für die Feuerwehr (rd. 1,5 Mio. €) und die Anlegung eines neuen Sportplatzes an der Sekundarschule, um nur einige zu nennen.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Eigenbetriebes Stadtwerke im Geschäftsjahr 2023 erstreckten sich auf die Versorgung der Bevölkerung in der Stadt Preußisch Oldendorf mit Wasser, auf die Entsorgung der Abwässer im Stadtgebiet und auf das Betreiben des Hafens "Getmold".

Wirtschaftlich haben sich die Stadtwerke Preußisch Oldendorf mit einem Jahresüberschuss in Höhe von rd. - 138.000 € gegenüber dem Vorjahr wesentlich verschlechtert (- 371.000 € gegenüber dem Vorjahr). Verschiebungen haben sich in allen Betriebszweigen ergeben. Die Ergebnisse haben sich im Betriebszweig Wasser gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert (rd. - 29.000 €), ebenso ist im Betriebszweig Abwasser eine Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber dem Vorjahr (rd. - 349.000 €) zu verzeichnen. Der Betriebszweig Hafen weist erfreulicherweise erneut ein positives Jahresergebnis auf (rd. 7.000 € gegenüber dem Vorjahr).

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr um rd. - 99.000 €. Dies ist u. a. auf deutlich geringere Erlöse aus Schmutzwassergebühren (- 99.000 €) zurückzuführen.

Deutlich gestiegen sind dagegen die sonstigen betrieblichen Erträge (rd. 61.000 € gegenüber dem Vorjahr), was im Wesentlichen auf Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie auf Periodenfremde Erträge und Ersatz für Schäden zurückzu-

führen ist.

Auf der Aufwandsseite sind die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren gestiegen (rd. 132.000 €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um rd. 176.000 € gestiegen. Im Bereich der Personalkosten haben sich aufgrund von personellen Veränderungen Erhöhungen (rd. 49.000 €) ergeben. Bei den Abschreibungen ist aufgrund der Fertigstellung einiger investiver Baumaßnahmen eine Steigerung von rd. 44.000 € zu verzeichnen. Eine Einsparung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (rd. - 44.000 €). Dies ergibt sich u.a. durch geringere Ausgaben im Bereich der EDV-Kosten gegenüber dem Vorjahr (rd. - 35.000 €).

Deutlich gestiegen im Wirtschaftsjahr 2023 sind die Zinsaufwendungen mit rd. 66.000 € mehr als im Vorjahr.

Insgesamt kann das Geschäftsjahr aufgrund des negativen Ergebnisses als nicht zufriedenstellend verlaufen angesehen werden.

3. Ertrags- und Aufwandslage

	Ergebnis 2023 €	Ergebnis 2022 €	Abweichung €	%
Erträge	32.688.647,08	33.275.087,86	-586.440,78	-1,76
Aufwendungen	34.506.893,81	33.064.203,20	1.442.690,61	4,36
Ergebnis	-1.818.246,73	210.884,66	-2.029.131,39	-962,20

Im Einzelnen stellt sich der Vergleich der Gesamterträge und -aufwendungen zum Vorjahr wie folgt dar:

Gesamterträge	Ergebnis 2023 €	Ergebnis 2022 €	Veränderung	
			€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	15.931.653,07	17.050.865,25	-1.119.212,18	-6,56
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	6.968.255,20	7.085.096,30	-116.841,10	-1,65
Sonstige Transfererträge	39.908,02	56.082,12	-16.174,10	-28,84
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.622.056,44	5.820.579,83	-198.523,39	-3,41
Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.845.035,63	1.824.922,77	20.112,86	1,10
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	391.517,22	338.888,93	52.628,29	15,53
Sonstige ordentliche Erträge	768.466,77	871.884,92	-103.418,15	-11,86
Aktivierete Eigenleistungen	198.506,67	217.962,96	-19.456,29	-8,93
Finanzerträge	6.364,06	8.804,78	-2.440,72	-27,72
Außerordentliche Erträge	916.884,00	0,00	916.884,00	-
Summe	32.688.647,08	33.275.087,86	-586.440,78	-1,76

Gesamtaufwendungen	Ergebnis 2023 €	Ergebnis 2022 €	Veränderung	
			€	%
Personal- und Versorgungsaufwendungen	6.104.178,65	6.058.819,83	45.358,82	0,75
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.428.949,99	6.849.923,04	1.579.026,95	23,05
Bilanzielle Abschreibungen	4.019.115,01	4.292.470,14	-273.355,13	-6,37
Transferaufwendungen	12.531.372,85	12.882.053,98	-350.681,13	-2,72
Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.520.465,36	2.196.894,48	323.570,88	14,73
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	902.811,95	784.041,73	118.770,22	15,15
	34.506.893,81	33.064.203,20	1.442.690,61	4,36

4. Liquidität

In 2023 betrug der Kassenkredit bei der Stadt im Jahresdurchschnitt rund 1,1 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. € erhöht. Bei den Stadtwerken betrug er zum Jahresabschluss im Durchschnitt rd. 1,0 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Erhöhung von rund 0,5 Mio. €.

Der Bestand an Investitionskrediten lag zum Jahresende 2023 insgesamt bei ca. 43,6 Mio. €. Davon entfallen ca. 21,1 Mio. € auf die Stadt und ca. 22,5 Mio. € auf die Stadtwerke.

Die Belastung der Liquidität ist vor dem Hintergrund des Zinsrisikos mit sehr kurzfristigen Zinsschwankungen ein Risiko. Um dieses zu minimieren, wurden für das Jahr 2023 Darlehen in Höhe von 13,7 Mio. € aufgenommen (Stadt 11,8 Mio. € und Stadtwerke 1,9 Mio. €). So können die langfristigen und nachhaltigen Investitionen auch durch Darlehen mit einer entsprechenden Laufzeit und Zinsbindung finanziert werden, was langfristig im Sinne der integrativen Gerechtigkeit ist.

Entwicklung der Kassenkredite

Kredite zur Liquiditätssicherung	Stand am 31.12.2022	Stand am 31.12.2023
Schuldenstand Stadt	225.460,25 €	211.485,25 €
Schuldenstand Stadtwerke	524.345,61 €	237.222,38 €
Schuldenstand insgesamt	749.805,86 €	448.707,63 €

5. Investitionen und Finanzierung

Die größten Einzelpositionen im Kernhaushalt waren:

Erwerb von Grundstücken und Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen:

rd. 7.200.000 €

Baumaßnahmen:

o Errichtung eines Dorfzentrums in Lashorst	rd. 2.198.000 €
o Sanierung der Remise am Haus des Gastes	rd. 117.000 €
o Neubau Kletterturm am Jugendtreff	rd. 79.000 €
o Anlegung neuer Sportplatz an der Sekundarschule	rd. 81.000 €
o Ausbau Langenhegge (Ost-West)	<u>rd. 833.000 €</u>
	rd. 3.308.000 €

Anschaffung von Vermögensgegenständen für:

o die Feuerwehr	rd. 93.000 €
o den Bauhof	rd. 71.000 €
o und die Schulen	rd. 119.000 €
o Anschaffung einer Photovoltaikanlage	<u>rd. 160.000 €</u>
	rd. 443.000 €

Die Finanzierung dieser Maßnahmen erfolgte durch die Inanspruchnahme von Zuwendungen des Landes. Zur Finanzierung der Maßnahmen wurden im Kernhaushalt zwei Darlehen in Höhe von 11,8 Mio. € aufgenommen. Es handelte sich um Mittel aus den Ermächtigungen aus 2022 und 2023. Die restlichen Mittel aus 2023 in Höhe von 3.428.000 € wurden nach 2024 übertragen.

Bei den Stadtwerken sind folgende wesentliche Investitionsmaßnahmen erfolgt:

o Immaterielle Vermögensgegenstände	rd. 22.000 €
o Grundstücke und Betriebsbauten	0 €
o Abwassersammelanlagen	rd. 24.000 €
o Wassergewinnungs- und -verteilungsanlagen	rd. 174.000 €
o Betriebs- und Geschäftsausstattung	rd. 59.000 €
o Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	rd. 1.831.000 €

Die Anlagen im Bau im Bereich Wasser zum 31.12.2023 beinhalten die bisher angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten für

- o die Erneuerung des Vorlagebehälters in Harlinghausen
- o die Sanierung der Wasserkammer im Hochbehälter Limberg
- o den Neubau der Wasserleitung am Ostweg
- o den Neubau der Wasserleitung Großer Maschweg
- o den Neubau des Wasserzählerschachtes Langenhegge
- o die Leerrohrverlegung Langenhegge
- o die Hydranten
- o den Neubau der Wasserleitung Obernholzweg
- o die Erneuerung der Wasserleitung Weststraße/Webelnweg
- o die Erneuerung der Wasserleitung Offelter Weg

- o die Anschaffung eines Notstromaggregats sowie
- o den Anbau am Wasserwerk für das Notstromaggregat.

Im Bereich Abwasser beinhalten die Anlagen im Bau zum 31.12.2023 die bisher angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten für

- o den Neubau des Stauraumkanals Weststraße/Webelnweg
- o den Neubau des Regenrückhaltebeckens Hafenstraße
- o eine Inlinersanierung in Bad Holzhausen
- o den Neubau des Mischwasserkanals Linkenstraße 2. BA
- o den Neubau des Mischwasserkanals Am Grasweg
- o die Fremdwassersanierung in Getmold
- o die Kanalsanierung Offelter Weg
- o den Neubau des Regenwasserkanals Mindener Straße OD Offelten
- o die Sanierung des Pumpwerks Treiberweg
- o die Sanierung des Regenüberlaufbeckens Dammweg
- o die Sanierung des Pumpwerks Bartling sowie
- o den Neubau der Druckrohrleitung Feldmark.

Zur Finanzierung der Maßnahmen wurde im Jahr 2023 im Bereich der Stadtwerke Darlehen in Höhe von 1,9 Mio. € aufgenommen.

Entwicklung der Schulden

Kredite für Investitionen	Stand am 31.12.2022	Stand am 31.12.2023
Schuldenstand Stadt	11.677.006,78 €	21.140.765,18 €
Schuldenstand Stadtwerke	21.390.141,00 €	22.469.760,81 €
davon Wasserwerk	5.907.204,09 €	6.995.011,01 €
davon Abwasserwerk	15.482.936,91 €	15.474.749,80 €
Schuldenstand insgesamt	33.067.147,78 €	43.610.525,99 €

6. Vermögens- und Kapitalstruktur

Als Grundlage für die Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur dient die Strukturbilanz. Bei einer Gesamtbilanzsumme von rd. 109,9 Mio. € stellt sich diese wie folgt dar:

Aktiva			Passiva		
0. Aufw. z. Erh. gem. Leist.-Fähigk.	2.617.600,04 €	2,4 %	1. Eigenkapital	15.158.526,29 €	13,8 %
1. Anlagevermögen	103.475.704,42 €	94,1 %	2. Sonderposten	33.582.614,03 €	30,6 %
1.1 Imm. Verm.-Gegenst.	268.705,15 €	0,2 %	3. Rückstellungen	12.059.175,92 €	11,0 %
1.2 Sachanlagen	102.714.175,20 €	93,5 %	4. Verbindlichkeiten	48.741.881,56 €	44,4 %
1.3 Finanzanlagen	492.824,07 €	0,4 %	5. Passive RAP	316.071,22 €	0,2 %
2. Umlaufvermögen	3.378.974,59 €	3,1 %			
3. Aktive RAP	385.989,97 €	0,4 %			
	109.858.269,02 €	100,0 %		109.858.269,02 €	100,0 %

Mit ca. 102,7 Mio. € ist der überwiegende Teil des Vermögens in Sachanlagen und damit langfristig gebunden. Den Großteil machen dabei die Bauten des Infrastrukturvermögens – wie das Straßennetz, die Wasserversorgungsanlagen und die Entwässerungs- und Abwasserkanäle - einschließlich des zuzuordnenden Grund und Bodens sowie die bebauten Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte aus.

6.1 Kennzahlen

6.1.1 Investitionsquote

$$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge u. Abschr. a. Anl.-Verm.}} = 328,3 \quad \text{VJ: } 94,0$$

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Kommune neu investiert, um dem Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen entgegen zu wirken. Eine hohe Quote deutet auf eine ausreichende Sicherstellung der zukünftigen Aufgabenerfüllung hin, allerdings zeigt ein Wert über 100 % an, dass in den Folgejahren auch mit höheren Abschreibungen zu rechnen ist. Ein Wert unter 100 % führt dauerhaft zu einem Substanzverlust des Anlagevermögens. Zu beachten ist hierbei jedoch auch, dass das gemeindliche Vermögen durch langlebige Vermögensgegenstände gekennzeichnet ist, die keine kurzfristigen Investitionsbedarfe auslösen. Bei der Stadt schwankt der Wert sehr stark. In 2023 wurde z. B. deutlich mehr investiert.

6.1.2 Eigenkapitalquote 1

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 13,8 \quad \text{VJ: } 16,9$$

Diese Kennzahl misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je größer das Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme ist, desto weiter ist eine Kommune von dem gesetzlichen Überschuldungsverbot entfernt. Verringert sich die Quote im Zeitreihenvergleich, kann dies auf die Inanspruchnahme des Eigenkapitals in Folge andauernder Fehlbeträge in der Ergebnisrechnung zurückzuführen sein.

6.1.3 Eigenkapitalquote 2

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 44,4 \quad \text{VJ: } 50,0$$

Da im kommunalen Rechnungswesen die Sonderposten eine Bilanzposition mit Eigenkapitalcharakter darstellen, bietet es sich zusätzlich an, das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital zuzüglich Sonderposten) zum Gesamtkapital ins Verhältnis zu setzen. Daraus ergibt sich eine Ausstattung von 44,4 % (Vorjahr: 50,0 %) an nicht rückzahlbarem Kapital.

6.1.4 Gesamt-Verbindlichkeitsquote

$$\frac{\text{Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = 44,4 \quad \text{VJ: } 37,1$$

Die Gesamtverbindlichkeiten machen mit ca. 48,7 Mio. € eine Quote von 44,4 % (Vorjahr: 37,1 %) der Bilanzsumme aus. Es überwiegen dabei die langfristigen Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (rd. 43,6 Mio. €).

7. Entwicklung der Rückstellungen

Bei den Rückstellungen dominieren die Pensionsrückstellungen mit einem Betrag von rd. 9,2 Mio. €. Das sind rd. 93.000 € weniger als im Vorjahr. Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen vermindern sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 8.000 €. Die sonstigen Rückstellungen vermindern sich um rd. 438.000 €.

Bezeichnung	Stand 31.12.2022 €	Stand 31.12.2023 €	Differenz €
Pensionsrückstellungen	9.277.564,00	9.184.508,00	-93.056,00
Instandhaltungsrückstellungen	802.243,43	794.567,03	-7.676,40
Sonstige Rückstellungen	2.517.787,32	2.080.100,89	-437.686,43
Summe	12.597.594,75	12.059.175,92	-538.418,83

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Die Auswirkungen der Corona-Krise und des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Vorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung sind derzeit noch schwer einzuschätzen. Näheres dazu unter Punkt 9.

9. Chancen und Risiken

Nachdem die Folgen der Corona-Pandemie im Jahr 2022 weitgehend überwunden werden konnten, wirkt sich mit dem Ukrainekrieg eine weitere Krise auf die Entwicklung des städtischen Haushalts aus.

So ist die Zahl der geflüchteten Menschen, die unserer Stadt zugewiesen wurden, deutlich gestiegen. Allerdings hat sich die Struktur der Menschen im Vergleich zum Jahr 2015 verändert. Kamen bisher überwiegend Männer aus den Krisengebieten, ist der Anteil von Familien mit Kindern deutlich gestiegen. Dies stellt uns nicht nur bei

der Unterbringung, sondern auch bei der Bereitstellung von Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter und bei den schulpflichtigen Kindern vor neue Herausforderungen. Denn neben neu zugezogenen Kindern und Jugendlichen sorgt auch der zunehmende Fachkräftemangel für eine stetig steigende Nachfrage nach qualifizierten Betreuungsangeboten. Die ausreichende Versorgung stellt einen immer wichtiger werdenden Standortfaktor für jede Kommune dar, dem es Rechnung zu tragen gilt. So sollen mindestens zwei neue Gruppen in Kindertagesstätten im Stadtgebiet geschaffen werden. Auch der Rechtsanspruch auf einen Platz im offenen Ganztags an den Grundschulen, der ab dem Jahr 2025 beschlossen worden ist, wird bereits geplant. So sollen neue Räumlichkeiten am Grundschulstandort Preußisch Oldendorf geschaffen werden, die nach modernen pädagogischen Gesichtspunkten eine optimale Förderung der Kinder auch über den regulären Schulunterricht hinaus ermöglichen. Diese wichtigen Investitionen in die Zukunft müssen aber zwingend durch Förderprogramme des Bundes und des Landes flankiert werden, um den städtischen Haushalt nicht zu überfordern.

Das Verständnis als familienfreundliche Stadt stellt bei der Gewinnung von Neubürgern ebenso einen wichtigen Baustein dar wie die Ausweisung von Bauflächen und eine gute Versorgung mit allen Dingen des täglichen Bedarfs.

Auf diese Weise können die ansässigen Firmen bei der Gewinnung von Fachkräften nachhaltig unterstützt und damit ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung geleistet werden.

Hier ist auch ein besonderes Augenmerk auf die Neuaufstellung des Landesentwicklungs- und des Regionalplanes zu legen, um der Stadt Preußisch Oldendorf durch die Sicherung von ausreichenden Kontingenten bei Gewerbe- und Siedlungsflächen eine gesunde und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Mit dem flächendeckenden Glasfaserausbau ist dafür ein weiterer Schritt in eine zukunftsweisende Technologie gemacht worden.

Mit der Erstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes können weitere Impulse für städtisches Handeln, aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern gesetzt werden. Diese können von einer ökologischen Gestaltung von Freiflächen über die Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaikanlagen bis zur Nutzung neuer Energieträger wie z. B. der geplanten Biomethananlage im Gewerbepark Tanklager reichen. Auch die Folgen des Klimawandels müssen dabei aktiv in alle Überlegungen mit einbezogen werden, um den sich abzeichnenden Herausforderungen zu begegnen. Dabei seien die Vorbereitung auf Extremwetterlagen und der verantwortungsvolle Umgang mit Trinkwasser nur exemplarisch genannt. Auch die Wiederaufforstung der großen Freiflächen im Wiehengebirge stellt hierzu einen wichtigen Beitrag dar, der sowohl ökologisch als auch touristisch ein Gewinn ist.

Hier spielt die Weiterentwicklung der Stadt Preußisch Oldendorf eine wichtige Rolle. Dazu ist das Konzept des sanften Tourismus im Einklang mit der Natur ein wichtiges Qualitätsmerkmal, das es auszubauen gilt. Dazu ist ein Erhalt und die Pflege der Landschaft ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung der prädikatisierten Stadtteile Bad Holzhausen, Börninghausen und Preußisch Oldendorf. Bei der Re-Zertifizierung

wurden durch die Bezirksregierung die Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Heilbades umfassend gewürdigt und werden in Kürze mit der Vorlage eines aktuellen heilklimatischen Gutachtens des Deutschen Wetterdienstes auch für die beiden Luftkurorte abgeschlossen.

Allerdings sind diese Bemühungen ohne die vielfältige Unterstützung des Ehrenamtes nicht möglich wie z. B. die bewährten Aktivitäten der zahlreichen Vereine, die sich sowohl an die touristischen Gäste, aber auch die einheimische Bevölkerung richtet. Dies betrifft aber auch Einrichtungen, die durch Fördermittel und großen ehrenamtlichen Einsatz errichtet und gepflegt werden, wie z. B. der neu eingerichtete Talblick Bärenquelle oder auch neu initiierte Veranstaltungen wie das Heimat- und Erntefest des Heddinghauser Kerns.

Auch sonst wird dieses ehrenamtliche Engagement auf vielfältige Weise unterstützt und gefördert. Dabei ist die Bereitstellung von Treffpunkten und Dorfgemeinschaftshäusern ein langfristiges Ziel der Stadt Preußisch Oldendorf, das durch den Neubau des Dorfzentrums in Lashorst zum Ausdruck kommt. Hier werden neben Räumen für die Lashorster Vereine auch neue funktionale Räume für die Löschgruppen Getmold und Hedem-Lashorst geschaffen, stellt doch die freiwillige Feuerwehr eine der ältesten Formen ehrenamtlichen Engagements dar. Die gut ausgebildeten und motivierten Kameradinnen und Kameraden leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Dies durch eine moderne und bedarfsgerechte Ausstattung zu gewährleisten, ist eine wichtige Aufgabe, die auch bei der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes im Mittelpunkt steht.

All diese wichtigen Aufgaben setzen immer eine solide finanzielle Basis voraus. Der breite Branchenmix bei den ansässigen Betrieben hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet, den es zu pflegen und zu fördern gilt. Es bleibt zu hoffen, dass das heimische Gewerbe und die Industrie den Herausforderungen aus Energiewende, Fachkräftemangel und Lieferkettenproblemen weiter so erfolgreich begegnet wie in den vergangenen Jahren. Nur auf dieser stabilen Basis können die sich abzeichnenden Mehrbelastungen, die die Stadt Preußisch Oldendorf insbesondere durch die steigende Kreisumlage treffen, gestemmt werden. Auch eine wohnortnahe stationäre Gesundheitsversorgung, die für eine gute Entwicklung der Region elementar ist, wird finanzielle Beiträge der kreisangehörigen Kommunen erfordern, wenn die Krankenhauslandschaft auch zukünftig kommunal geprägt und gestaltet werden soll.

Herausfordernd ist sicher auch die Mobilitätswende in der Fläche. Hier muss dringend nach bezahlbaren Lösungen gesucht werden, denn der bestehende ÖPNV ist bereits mit dem derzeitigen Angebot hochdefizitär und in weiten Teilen der Bevölkerung keine Alternative zum Individualverkehr. Das eingeführte 49-Euro-Ticket leistet dabei nur einen geringen Beitrag, da ein attraktives Angebot fehlt und der PKW vielfach alternativlos ist. Dass aber der ÖPNV bei entsprechendem Angebot gut funktioniert, sieht man an der Bahnverbindung Bad Holzhausen – Bielefeld, die bereits von zahlreichen Pendlern genutzt wird. Hier muss die Reaktivierung der Strecke Bad Holzhausen – Bohmte mit Nachdruck weiterverfolgt werden, um diese für den Personen- und Güterverkehr wieder nutzbar zu machen. Eine große Attraktivitätssteigerung des Bahnhofes Bad Holzhausen kann dabei ein barrierefreier Zugang zu den Bahnsteigen sein, dessen Realisierung zurzeit geprüft wird.

Eine wesentliche Maßnahme ist die Herstellung der Gebäudeenergieeffizienz in kommunalen Gebäuden. Dies setzt in den kommenden Jahren diverse energetische Sanierungsarbeiten an städtischen Liegenschaften voraus.

Ein weiteres der herausfordernden Themen in den nächsten Jahren stellt zweifellos die kommunale Wärmeplanung dar. Mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches zum 01.01.2024 in Kraft getreten ist, soll eine flächendeckende Wärmeplanung in Deutschland erstellt werden, um Planungs- und Investitionssicherheit für die Akteure und Akteure vor Ort zu schaffen und die Entwicklungen der Wärmeversorgung und der Energieinfrastrukturen in Richtung Klimaneutralität zu lenken. In Nordrhein-Westfalen wurde diese Aufgabe auf die Kommunen übertragen.

Deutliche Preissteigerungen sowie zusätzlicher Unterhaltungsaufwand insbesondere im Bereich der Anlagen, Baulichkeiten und Leitungsnetze sind allgemein zu verzeichnen. Völlig unkalkulierbar sind zudem die Entwicklungen der anzusetzenden Marktpreise unter Berücksichtigung des Krieges in der Ukraine. Neben der Materialverfügbarkeit und den –preisen spielt hierbei vor allem auch die Entwicklung im Energiesektor eine wesentliche Rolle.

Vor allem im Bereich des Wasserwerkes sind in den kommenden Jahren umfassende Rohrnetzuntersuchungen durchzuführen. Schwer zu kalkulieren ist auch die Entwicklung der für die zukünftig zu leistenden Pensionen und Beihilfen zu bildenden Rückstellungen. Aufgrund der Altersstruktur der Mitarbeiter der Stadtwerke ist in dieser Hinsicht positiv zu vermerken, dass in den folgenden Jahren keine weiteren Alterszeitrückstellungen zu bilden sind. Vor dem Hintergrund des Krieges in Europa sind zudem die Einrichtungen zur Notversorgung nochmals einer Prüfung zu unterziehen. Hier ist mit zusätzlichen Kosten zu rechnen.

Belastet werden könnte der Prozess zur Stärkung des Eigenbetriebes durch die Zinsentwicklung. Nach dem seit Jahren niedrigen Zinsniveau muss jederzeit mit einer Zinswende gerechnet werden. Dank eines vorausschauenden Zinsmanagements wären von solch einer Entwicklung die langfristigen Darlehen der Stadtwerke zunächst nicht betroffen. Aufgrund der geringen Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke können Investitionsmaßnahmen derzeit nur über Darlehensaufnahmen realisiert werden, so dass hier zukünftig mit steigenden Kosten für Zinsen gerechnet werden muss. Aufgrund eines zumindest im Abwasserbereich in den kommenden Jahren voraussichtlich sehr hohen Investitionsvolumens (Umsetzung Abwasserbeseitigungskonzept) ist von erheblichen Darlehensaufnahmen auszugehen. Auch der Bedarf an kurzfristigen Liquiditätskrediten könnte zu einer deutlichen Belastung des Finanzergebnisses führen. Die Liquiditätssituation der Stadtwerke hat sich gegenüber dem Jahr 2022 nicht verbessert. Ein Bedarf für Kredite zur Liquiditätssicherung bestand ganzjährig. Es ist zu erwarten, dass sich diese Situation im nächsten Jahr nicht ändern wird. Dies bedeutet, dass auch in diesem Bereich weiterhin mit Aufwendungen für Zinszahlungen gerechnet werden muss.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung ist zudem zu berücksichtigen, dass die Konzentration von bestimmten Mikroverunreinigungen wie Arzneimittelwirkstoffen in Flüssen und anderen Oberflächengewässern oftmals unerwünscht hoch ist. Eine mögliche Maßnahme, um diesen Verunreinigungen entgegenzuwirken ist die Einführung einer

4. Reinigungsstufe in der Kläranlage Lübbecke. Die Stadt Lübbecke hat im Jahr 2018 damit begonnen, die 4. Reinigungsstufe als zusätzliche, nachgeschaltete Abwasserbehandlung einzuführen. Dies hatte in der Vergangenheit bereits Auswirkungen auf die Abwassergebührenkalkulation der Stadt Lübbecke. Die Entwicklung in Bezug auf folgende Kalkulationszeiträume bleibt abzuwarten.

In den vergangenen Jahren sind die Belastungen der Stadtwerke Preußisch Oldendorf im Abwasserbereich vor allen Dingen auch durch den seit dem Jahr 2021 an die Stadt Lübbecke zu entrichten, den Starkverschmutzerzuschlag belastet worden. Die Stadtwerke Preußisch Oldendorf beabsichtigen in den kommenden Jahren sowohl im Bereich der Unterhaltung als auch im investiven Bereich Maßnahmen zu ergreifen, um die Qualität des Abwassers zu verbessern und den erhöhten Aufwendungen entgegenzuwirken.

Die Entwicklung des Hafenbetriebes ist abhängig von der Konjunkturlage. Nachdem in den letzten Jahren der Hafenumschlag rückläufig war, zeichnete sich im Wirtschaftsjahr 2011 kurzfristig eine Verbesserung der Ertragslage ab. Diese positive Entwicklung hatte sich im Folgejahr nicht fortgesetzt. Nachdem im Jahr 2013 wieder leicht ansteigende Hafenumschlagszahlen zu verzeichnen waren, gingen die Umschlagzahlen im Jahr 2014 und 2015 erneut zurück. In den Jahren 2016, 2017 und 2018 konnte zumindest das Niveau gehalten werden. Im Wirtschaftsjahr 2019 war wiederum ein leichter Anstieg des Hafenumschlags zu verzeichnen. Im Jahr 2020 war es aufgrund der gestiegenen Umschlagzahlen erstmals möglich, im Betriebszweig Hafen einen Jahresüberschuss auszuweisen. Dies ist auch in den Jahren 2021, 2022 und 2023 wieder gelungen.

Die gesamtwirtschaftliche Lage stellt für städtische Finanzen zurzeit ein nicht unerhebliches Risiko dar. So zeichnet sich bereits auf allen Ebenen eine Stagnation, evtl. sogar ein Rückgang der öffentlichen Erträge ab, der nicht nur dem Ukrainekrieg, der Energiewende und der Globalisierung geschuldet ist und durch wirksame staatliche Maßnahmen gemildert werden muss, um nicht die kommunalen Haushalte in eine finanzielle Schieflage zu bringen. Ein weiteres Risiko stellen die deutlich gestiegenen Zinsen dar, die sowohl bei den Investitionskrediten als auch bei den Krediten zur Liquiditätssicherung zu deutlich gestiegenen Aufwendungen führen.

Um die strategischen Zielsetzungen Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen, wird zielgerichtet an der Optimierung aller Prozesse gearbeitet. In ständiger Selbstkontrolle ist die Qualität der geleisteten Arbeit besonders wichtig. Alle Erkenntnisse aus der Fortentwicklung von technischen Verfahren hinsichtlich der Aufgabenstellung werden stets daraufhin überprüft, ob für die Stadtwerke wirtschaftliche oder ökologische Vorteile damit zu erzielen sind.

Wichtig ist bei allem städtischen Handeln, die finanzielle Basis zu bedenken und zielgerichtet für ein noch lebenswerteres Preußisch Oldendorf in die Zukunft zu investieren.

Aufgestellt:

Preußisch Oldendorf, 22.10.2024

Bestätigt:

Preußisch Oldendorf, 22.10.2024

Maren Heidenreich
Kämmerin

Marko Steiner
Bürgermeister



Beteiligungsbericht

der Stadt Preußisch Oldendorf

für das Haushaltsjahr 2023

Vorbemerkung

Der Gesamtabschluss muss nach § 52 Abs. 1 KomHVO zu sämtlichen verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form die Angaben nach § 53 KomHVO enthalten.

Im Beteiligungsbericht nach § 53 KomHVO sind gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Ziele der Beteiligung und
3. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks.

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche Beteiligungen der kommunalen Gebietskörperschaft. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbstständigten Aufgabenbereiche der Kommune, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für den Gesamtabschluss angehören. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaft.



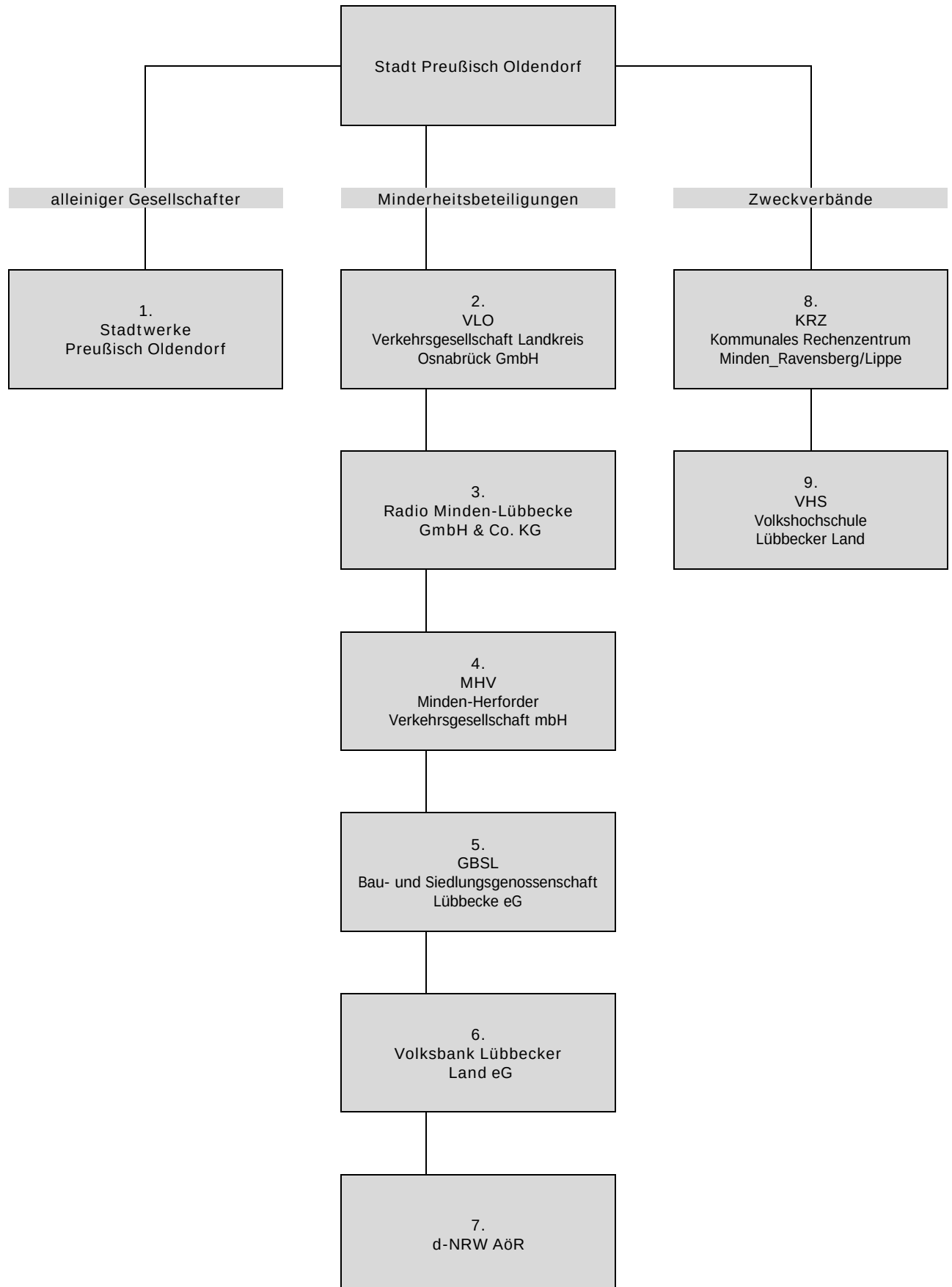
Übersicht der Beteiligungen der Stadt Preußisch Oldendorf

Sondervermögen

Bezeichnung	Zweck	Stand am 01.01.2023 €	Zugang €	Abgang €	Stand am 31.12.2023 €
Stadtwerke Preußisch Oldendorf	Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Hafenumschlag	12.200.952,46	-	-	12.200.952,46

Beteiligungen

Bezeichnung	Zweck	Stand am 01.01.2023 €	Zugang €	Abgang €	Stand am 31.12.2023 €	Anteil der Stadt
VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH	ÖPNV	8.580,00	-	-	8.580,00	1,55%
Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG	Lokalfunk	2.704,00	-	-	2.704,00	0,52%
MHV Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH	ÖPNV	950,00	-	-	950,00	2,19%
GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG	Wohnungsbau-gesellschaft	1.600,00	-	-	1.600,00	10 Geschäfts- anteile
Volksbank Lübbecke Land eG	Genossen-schaftsbank	1.050,00	-	-	1.050,00	7 Geschäfts- anteile
KRZ Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	Technikunterstützte Informationsverarbeitung	1,00	-	-	1,00	
VHS Volkshochschule Altkreis Lübbecke	Weiterbildung	2.350,74	-	-	2.350,74	
d-NRW AöR	Informations- und Kommunikationstechnologie	1.000,00	-	-	1.000,00	
		18.235,74	-	-	18.235,74	





1.

Stadtwerke Preußisch Oldendorf
Rathausstraße 3
32361 Preußisch Oldendorf

Telefon: 05742 / 9311-0

Fax: 05742 / 5680

E-Mail: info@preussischoldendorf.de

Internet: www.preussischoldendorf.de

Gründung: 01.01.2007

Rechtsform: Eigenbetrieb der Stadt Preußisch Oldendorf

Der Eigenbetrieb „Stadtwerke Preußisch Oldendorf“ setzt sich zusammen aus den Betriebszweigen Wasserwerk, Abwasserwerk und Hafenbetrieb. Er ist ein organisatorisch selbstständiger, finanzwirtschaftlich als Sondervermögen geführter Teil der Stadt Preußisch Oldendorf.

Stammkapital: 2.996.000 €

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Wasser, die Erfüllung der der Stadt Preußisch Oldendorf obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht nach den Bestimmungen des Landeswassergesetzes sowie der Hafenumschlag und alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Stadtwerke beträgt 2.996.000 €. Dies teilt sich wie folgt auf:

Betriebszweig Wasser 1.110.000 €

Betriebszweig Abwasser 1.886.000 €

Der Betriebszweig Hafen verfügt nicht über eigenes Stammkapital.

Organe/Gremien

Betriebsleitung

Die Betriebsleitung ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich.

Betriebsleiter: Marko Steiner

Stellvertreterin: Maren Heidenreich

Betriebsausschuss

Der Betriebsausschuss besteht aus 17 stimmberechtigten Mitgliedern. Hierbei handelt es sich um 9 Ratsmitglieder und 6 sachkundige Bürger. 2 Mitglieder sind Vertreter der Beschäftigten im Sinne von § 114 GO NRW.



- ◆ Günter Frobieter
- ◆ Ernst-Michael Dedert
- ◆ Sascha Kramme
- ◆ Wilfried Dannappel
- ◆ Georg Hegner
- ◆ Iris Pfeiff
- ◆ Claudia Schulte-Bredemeier
- ◆ Wolfgang Schrodke
- ◆ Karin Offermann
- ◆ Hartmut Nobbe
- ◆ Hartmut Niemeyer
- ◆ Norbert Latzel
- ◆ Tobias Vinke
- ◆ Rainer Köster
- ◆ Iris-Gudrun Huth
- ◆ Reinhard Schade (bis 09/2023)
- ◆ Gerold Voß

Rat der Stadt

Der Rat der Stadt Preußisch Oldendorf entscheidet über die Angelegenheiten, die er nach der Gemeindeordnung nicht übertragen kann sowie über die nach der Eigenbetriebsverordnung ausdrücklich dem Rat zugewiesenen Angelegenheiten.

Leistungen, Personal und wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde

Sonstige Leistungsbeziehung zwischen den Stadtwerken und der Stadt Preußisch Oldendorf ist die Zahlung eines jährlichen Verwaltungskostenbeitrages in Höhe von 200.000 €.

Personalbestand

Bei den Stadtwerken waren zum Ende des Geschäftsjahr 2023 14 Personen mit 100 % ihrer Arbeitszeit und 2 Personen mit einem prozentualen Stellenanteil im Bereich der Stadtwerke eingesetzt.

Finanzwirtschaftliche Auswirkung der Beteiligung

Das Verhältnis von Eigenkapital 17,8 % (VJ 19,1 %) zu langfristigem Fremdkapital 64,4 % (VJ 63,7 %) sowie auch das Verhältnis von Eigenkapital zum gesamten Fremdkapital 71,7 % (VJ 69,6 %) ist gegenüber dem Vorjahr relativ konstant geblieben. Aufgrund der nach wie vor geringen Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke sollte Substanzverzehr bei den Stadtwerken aber auch weiterhin unbedingt vermieden werden.

Beteiligung der Stadtwerke an der PRO-E

Am 14.09.2020 wurde die PRO-E Preußisch Oldendorfer Energieversorgung GmbH notariell gegründet.

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bürger, des Handwerks, des Gewerbes und der Industrie im Gebiet der Stadt Preußisch Oldendorf mit Strom und Gas. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Die Stadt Preußisch Oldendorf ist mit 51 %



des Stammkapitals (12.750 €) Mehrheitsgesellschafter. 49 % des Stammkapitals (12.250 €) wurden von der Stadtwerke Lübbecke GmbH übernommen.

Die Energiewende, insbesondere der Ausstieg aus dem Betrieb von strom- und wärmeerzeugenden nukleartechnischen Anlagen sowie der mit der CO₂-Reduktion verbundene Ausstieg aus der Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen, wie der Braun- und Steinkohle, stellt die Versorgung der Bürger, des Handels, des Handwerks, des Gewerbes und der Industrie vor große Herausforderungen. Die Stadt Preußisch Oldendorf als Kommune ohne eigenen Energieversorger will durch die Gründung der Pro-E GmbH eine aktive Rolle bei der Umsetzung der in § 1 des EnWG festgeschriebenen Grundsätze für eine sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Energieversorgung einnehmen. So besteht auch die Möglichkeit, die Umsetzung der Energiewende vor Ort aktiv mit zu gestalten. Geschäftsfelder der Gesellschaft sind die Versorgung mit Strom und Gas sowie mit energiewirtschaftlichen Dienstleistungen sein, wobei letztere einen eher untergeordneten Stellenwert einnehmen werden. Für diese drei Geschäftsfelder bringen die Stadtwerke Lübbecke als strategischer Minderheitsgesellschafter weitreichende Erfahrungen ein.



1. Stadtwerke Preußisch Oldendorf

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich		2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva				
A.	Anlagevermögen			
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	156	138	131
II.	Sachanlagen	32.548	31.662	31.178
III.	Beteiligungen	13	13	13
B.	Umlaufvermögen			
I.	Vorräte	142	152	119
II.	Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	537	326	696
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0	1	2
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	4	4	7
Bilanzsumme		33.400	32.296	32.146
Passiva				
A.	Eigenkapital			
I.	Gezeichnetes Kapital	2.996	2.996	2.996
II.	Kapitalrücklage	2.245	2.245	2.245
III.	Gewinn-/Verlustvortrag	841	687	505
IV.	Jahresüberschuss	-138	233	262
B.	Empfangene Ertragszuschüsse	3.286	3.398	3.520
C.	Sonderposten	0	0	0
D.	Rückstellungen	202	262	264
E.	Verbindlichkeiten	23.968	22.475	22.354
F.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme		33.400	32.296	32.146

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich		2023 T€	2022 T€	2021 T€
1.	Umsatzerlöse	4.921	5.020	4.940
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	44	57	56
3.	Sonstige betriebliche Erträge	99	38	24
4.	Materialaufwand	2.034	1.726	1.717
5.	Personalaufwand	874	825	874
6.	Abschreibungen	1.200	1.156	1.134
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	528	573	515
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	3
9.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	102	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	564	498	512
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	1	6
12.	Ergebnis nach Steuern	-136	236	265
13.	Sonstige Steuern	2	3	3
14.	Eigenkapitalverzinsung Stadt Preußisch Oldendorf	0	0	0
15.	Jahresergebnis	-138	233	262



2.

VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH
 Bremer Straße 11
 49163 Bohmte

Telefon: 05471 / 95 59-0
 Fax: 05471 / 95 59-40
 E-Mail: info@vlo.de
 Internet: www.vlo.de

Gründung: 1898 (Umfirmierung 1988)

Gesellschafter:
 BEVOS 87,94 %
 Kreis Minden-Lübbecke 6,73 %
 Weitere kommunale Gesellschafter 5,33 %

Stammkapital: 579.800 €

Städtischer Anteil: 8.580 €

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation, Durchführung und Förderung des öffentlichen Nahverkehrs von Personen und Gütern, insbesondere:

- der Betrieb einer Eisenbahn
- der Betrieb, die Errichtung, der Erwerb, die Pachtung und die Verpachtung von Kraftverkehrslinien, Omnibusgelegenheitsverkehren und Güterkraftverkehren
- jede sonstige Förderung des Verkehrs.

Beteiligungsverhältnisse

Die ausschließlich kommunalen Gesellschafter sind wie folgt beteiligt:

Gesellschafter	Anteil €	Anteil i. V.
BEVOS Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück	509.860,00	87,94
Kreis Minden-Lübbecke	39.000,00	6,73
Stadt Preußisch Oldendorf	8.580,00	1,48
Stadt Damme	7.800,00	1,35
Gemeinde Bohmte	7.280,00	1,25
Gemeinde Bad Essen	7.280,00	1,25
	579.800,00	100,00



Organe / Gremien

Geschäftsführer

- ◆ Peter Schone, Osnabrück

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat hat zwölf Mitglieder:

- ◆ Dr. Winfried Wilkens, Osnabrück, Vorsitzender, Kreisrat des Landkreises Osnabrück
- ◆ Anna Kebschull, Landrätin des Landkreises Osnabrück
- ◆ Kreistagsabgeordneter Alois Diekamp, Bad Laer, Kfm. für Versicherungen und Finanzen
- ◆ Kreistagsabgeordneter Claus Kanke, Bissendorf, Dipl.-Ing. Landespflege
- ◆ Kreistagsabgeordneter Clemens Lammerskitten, Wallenhorst, Verwaltungsangestellter / Mdl, stellv. Vorsitzender
- ◆ Kreistagsabgeordnete Ursula Möhr-Loos, Bad Essen, Buchhändlerin
- ◆ Kreistagsabgeordneter Thomas Rehme, Bohmte, Rechtsanwalt
- ◆ Kreistagsabgeordneter Marcus Unger, Bohmte, Kfm. für Versicherungen und Finanzen
- ◆ Kreistagsabgeordneter Alexander Wagenleitner, Ostercappeln, Textilreinigungsmeister
- ◆ Kreistagsabgeordneter Rolf Dieter Schütte, Preußisch Oldendorf, Pensionär
- ◆ Ratsmitglied Jakob Giesbrecht, Preußisch Oldendorf, kfm. Angestellter
- ◆ Arbeitnehmervertreter Heinrich Leinker, Bad Essen, Omnibusfahrer der VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt 2023 wurden 12 Angestellte, 17 Lohnempfänger und 3 Auszubildende (zusammen 32, Vorjahr: 30) beschäftigt.



2. VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	22.865	22.973	19.006
III. Finanzanlagen	1.303	1.302	1.303
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	3.394	2.723	3.050
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.325	1.256	1.694
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0
Bilanzsumme	29.889	28.254	25.053
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	580	580	580
II. Kapitalrücklage	1.180	1.180	1.180
B. Sonderposten für Zuschüsse	12.720	13.942	12.512
C. Rückstellungen	261	203	212
D. Verbindlichkeiten	13.002	12.349	10.569
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.146	0	0
Bilanzsumme	29.889	28.254	25.053

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Umsatzerlöse	26.665	25.114	26.953
2. Sonstige betriebliche Erträge	15.968	15.791	10.484
3. Erträge aus Gewinnabführungen	2	26	14
4. Materialaufwand	39.429	37.498	34.176
5. Personalaufwand	1.882	1.727	1.523
6. Abschreibungen	1.169	1.016	903
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.367	1.125	1.051
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme	127	127	102
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	110	35	22
10. Ergebnis nach Steuern	-1.449	-597	-326
11. Sonstige Steuern	9	3	8
12. Erträge aus Verlustübernahme	1.458	600	334
13. Jahresergebnis	0	0	0



3.	
Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG	
Johanniskirchhof 2	
32423 Minden	
Telefon:	0571 / 83 783-0
Fax:	0571 / 83 783-65
E-Mail:	info@radiowestfalica.de
Internet:	www.radiowestfalica.de
Gründung:	1989
Gesellschafter:	
J. C. C. Bruns GmbH & Co. KG	48,0 %
Neue Westfälische GmbH & Co. KG	27,0 %
Kreis Minden-Lübbecke	12,5 %
Weitere kommunale Gesellschafter	12,5 %
Kommanditkapital:	520.000 €
Städtischer Anteil:	2.704 €

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist es, der Veranstaltergemeinschaft die zur Produktion und Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen Einrichtungen und Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Beteiligungsverhältnisse

Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Radio Minden-Lübbecke Verwaltungsgesellschaft mbH (Komplementärin). Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil.

Das Kommanditkapital der Gesellschaft wird von 13 Kommanditisten bzw. Gesellschaftern gehalten:



Kommanditisten	Kapitalanteile €	Anteil in v. H.
Kreis Minden-Lübbecke	65.000,00	12,50
Stadt Minden	19.500,00	3,75
Stadt Bad Oeynhausen	11.492,00	2,21
Stadt Espelkamp	6.032,00	1,16
Stadt Lübbecke	5.772,00	1,11
Stadt Petershagen	6.136,00	1,18
Gemeinde Hüllhorst	2.912,00	0,56
Stadt Rahden	3.484,00	0,67
Gemeinde Stewede	3.276,00	0,63
Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG	140.400,00	27,00
J. C. C. Bruns GmbH & Co. KG	249.600,00	48,00
Wirtschafts-Betriebs-Gesellschaft Hille GmbH	3.692,00	0,71
Stadt Preußisch Oldendorf	2.704,00	0,52
Kommanditkapital insgesamt	520.000,00	100,00

Organe/Gremien

Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter entsenden Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Vertreter der Stadt Preußisch Oldendorf ist Herr Bürgermeister Marko Steiner.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung und Vertretung obliegt allein der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Radio Minden-Lübbecke Verwaltungs GmbH.

Geschäftsführer: Uwe Wollgramm
Carsten Lohmann

Personalbestand

Die Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG betreibt in Verbindung mit der Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Minden-Lübbecke e. V. den lokalen Rundfunksender „Radio Westfalica“.

Die Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG ist u. a. für die Finanzierung des Senders aus Werbung verantwortlich und damit gewinnorientiert.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von AMS (Bielefeld) erledigt.



Finanzwirtschaftliche Auswirkung der Beteiligung
Im Jahr 2023 wurde kein Gewinnanteil ausgeschüttet.

3. Radio Minden-Lübbecke GmbH & Co. KG

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	241	268	57
II. Finanzanlagen	36	26	26
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	11	14	14
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	258	610	275
III. Guthaben bei Kreditinstituten	238	186	876
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	11	3
Bilanzsumme	794	1.115	1.251
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	520	520	520
II. Rücklagen	234	234	234
III. Verlustvortrag	-306	-147	0
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	26	26	26
C. Sonderposten für Zuwendungen	8	11	0
D. Rückstellungen	17	16	29
E. Verbindlichkeiten	295	455	442
Bilanzsumme	794	1.115	1.251

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Umsatzerlöse	1.456	1.515	1.677
2. Sonstige betriebliche Erträge	23	10	64
3. Materialaufwand	930	979	1.001
4. Abschreibungen	59	46	18
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	644	640	556
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	7	4
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	20
8. Ergebnis nach Steuern	-159	-147	142
9. Verrechnung mit Verlustvortragskonten	159	147	-32
10. Gutschrift auf den Gesellschafterkonten der Kommanditisten	0	0	110
11. Bilanzgewinn	0	0	0



4.	
Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH	
Herforder Straße 45	
32545 Bad Oeynhausen	
Telefon:	05731 / 842 04-0
Fax:	05731 / 842 04-44
E-Mail:	kontakt@mhv-info.de
Internet:	www.mhv-info.de
Gründung:	28.09.1995
Gesellschafter:	
Kreis Minden-Lübbecke	25 %
Kreis Herford	25 %
sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden	50 %
Stammkapital:	43.400 €
Städtischer Anteil:	950 €

Unternehmenszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung in den Kreisen Herford und Minden-Lübbecke mit Leistungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV).

Die MHV ist seit 2017 Gesellschafterin der OWL GmbH in Bielefeld.

Organe/Gremien

Geschäftsführer

Dipl.-Geograph Achim Overath

Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung sind die Kreise Minden-Lübbecke und Herford sowie deren 20 kreisangehörigen Städte und Gemeinden vertreten.

Jeder Gesellschafter entsendet einen Vertreter. Vertreter der Stadt Preußisch Oldendorf ist Herr Bürgermeister Marko Steiner.



Gesellschafter	Anteil €	Anteil in v. H.
Kreis Minden-Lübbecke	10.850,00 €	25,00 %
Kreis Herford	10.850,00 €	25,00 %
Stadt Bünde	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Enger	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Herford	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Löhne	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Spenge	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Vlotho	1.250,00 €	2,88 %
Gemeinde Hiddenhausen	1.250,00 €	2,88 %
Gemeinde Kirchlengern	1.250,00 €	2,88 %
Gemeinde Rödinghausen	1.250,00 €	2,88 %
Stadt Bad Oeynhausen	950,00 €	2,19 %
Stadt Espelkamp	950,00 €	2,19 %
Gemeinde Hille	950,00 €	2,19 %
Gemeinde Hüllhorst	950,00 €	2,19 %
Stadt Lübbecke	950,00 €	2,19 %
Stadt Minden	950,00 €	2,19 %
Stadt Petershagen	950,00 €	2,19 %
Stadt Porta Westfalica	950,00 €	2,19 %
Stadt Preußisch Oldendorf	950,00 €	2,19 %
Stadt Rahden	950,00 €	2,19 %
Gemeinde Stemwede	950,00 €	2,19 %
	43.400,00 €	100,00 %

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus je drei Mitgliedern der Kreise Minden-Lübbecke und Herford sowie aus je drei Mitgliedern der Städte und Gemeinden aus den Kreisgebieten Minden-Lübbecke und Herford.

Dem Aufsichtsrat der MHV gehörten 2023 folgende Personen an:

- ◆ Christian Antl, Diplompsychologe (Vorsitzender)
- ◆ Dr. Henning Vieker, Bürgermeister (stellv. Vorsitzender)
- ◆ Oliver Gubela, Amtsleiter
- ◆ Kay Busche
- ◆ Florian Staab, Dipl.-Kaufmann
- ◆ Volker Hoppmann, Gewerkschaftssekretär
- ◆ Lars Bursian, Beigeordneter
- ◆ Dr. Beatrix Wallberg, Beigeordnete
- ◆ Lars Breder, Verwaltungsbeamter
- ◆ Volker Beinke, Geschäftsführer
- ◆ Dr. Peter Maria Böhm, Beigeordneter
- ◆ Andreas Hüffmann, Bürgermeister

Beirat

Die Gesellschafterversammlung bildet einen Beirat, der die Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes beratend begleitet. Mitglieder des Beirates sind vorrangig Vertreter von Fahrgastinteressengruppen sowie Vertreter anderer Interessen des ÖPNV.



Personalbestand

Im Geschäftsjahr waren neben dem Geschäftsführer 11 Mitarbeiter/innen (davon 4 in Teilzeit) sowie 2 Aushilfen und ein Auszubildender (über kommunale Zusammenarbeit) bei der MHV tätig.

4. MHV Minden-Herforder Verkehrsgesellschaft mbH

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	8	5
II. Sachanlagen	10	10	20
III. Finanzanlagen	18	18	18
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	590	276	3
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.545	4.999	3.028
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6	3	2
Bilanzsumme	7.173	5.314	3.076
Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	43	43	43
II. Kapitalrücklage	689	542	464
III. Bilanzgewinn	0	0	0
B. Rückstellungen			
sonstige Rückstellungen	39	38	32
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56	9	16
2. sonstige Verbindlichkeiten	6.346	4.682	2.521
Bilanzsumme	7.173	5.314	3.076

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Sonstige betriebliche Erträge	25	23	33
2. Personalaufwand	808	750	768
3. Abschreibungen	11	16	15
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	295	205	259
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	0	0
7. Ergebnis nach Steuern	-1.092	-948	-1.009
8. Sonstige Steuern	0	0	0
9. Jahresfehlbetrag	-1.092	-948	-1.009
10. Entnahme aus Kapitalrücklage	1.092	948	1.009
11. Bilanzgewinn	0	0	0



5.
GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG
Fünfhausen 10
32312 Lübbecke

Telefon: 05741 / 34 59-0
Fax: 05741 / 34 59-30
E-Mail: info@gbsl-luebbecke.de
Internet: www.gbsl-luebbecke.de

Gründung: 07.09.1936

Geschäftsanteile: 1.600 €
10 Anteile á 160 €

Unternehmenszweck

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung der Mitglieder vorrangig durch eine gute sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleitungen. Beteiligungen sind zulässig.

Die Genossenschaft richtet ihren Geschäftskreis auf die Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG aus.

Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes auf Nichtmitglieder ist zugelassen. Vorstand und Aufsichtsrat beschließen gemäß § 28 KStG die Voraussetzungen.

Organe/Gremien

Vorstand

Nils-Peter Petersen, hauptamtlich
Andreas Krauß, nebenamtlich

Handlungsbevollmächtigte

Lorena Meier

Aufsichtsrat

- ◆ Frank Haberbosch, Lübbecke, Bürgermeister (Vorsitzender)
- ◆ Bernd Rührup, Lübbecke, Bürgermeister a. D. (stellv. Vorsitzender)
- ◆ Susanne Sassenberg, Lübbecke, Dipl.-Ing. Architektin (Schriftführerin)
- ◆ Marko Steiner, Preußisch Oldendorf, Bürgermeister (stellv. Schriftführer)
- ◆ Kai Abruzsat, Stemwede, Bürgermeister
- ◆ Lutz Freiberg, Minden, Kreisbaudirektor
- ◆ Dr. Bert Honsel, Rahden, Bürgermeister



- ◆ Ruth Schürmann, Lübbecke, Vorsitzende RichterIn am Verwaltungsgericht
- ◆ Ekkehard Stauss, Stemwede, Bürgermeister a. D.

Vertreterversammlung
94 Vertreterinnen und Vertreter

Mitglieder des Wahlbezirks III (Stadt Preußisch Oldendorf)

Matthias Flohr
Helmut Gerkens
Werner Hermjohannes
Heinfried Hucke
Klaus Köster
Rolf Köster
Inge Mach
Marlotte Oestreich
Ute Placke

Tochtergesellschaft

100 %-ige Tochter der Genossenschaft ist die GBSL Betreuungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH.

Die Organe Geschäftsführung und Aufsichtsrat setzen sich analog zu den Organen Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft zusammen.

Personalbestand

Im Jahr 2023 beschäftigte die Genossenschaft im Durchschnitt zwei Mitarbeiter in Vollzeit sowie drei geringfügig Beschäftigte im Bereich Objektbetreuung.

Finanzwirtschaftliche Auswirkung der Beteiligung

Die GBSL hat für das Jahr 2023 an die Stadt Preußisch Oldendorf eine Dividende in Höhe von 64,00 € ausgeschüttet.



5. GBSL Bau- und Siedlungsgenossenschaft Lübbecke eG

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I Sachanlagen	34.409	35.323	36.022
II Finanzanlagen	2.175	2.175	2.175
B. Umlaufvermögen			
I Andere Vorräte	1.559	1.421	1.514
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51	162	45
III Flüssige Mittel	1.790	1.566	1.342
Bilanzsumme	39.984	40.647	41.098
Passiva			
A. Eigenkapital			
I Geschäftsguthaben	2.334	2.308	2.269
II Ergebnisrücklagen	13.753	13.873	13.580
III Bilanzgewinn	85	84	81
B. Rückstellungen	327	225	309
C. Verbindlichkeiten	23.485	24.157	24.859
Bilanzsumme	39.984	40.647	41.098

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Umsatzerlöse	4.820	4.783	4.628
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	138	-98	122
3. Sonstige betriebliche Erträge	117	139	154
4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	3.231	3.041	3.036
6. Personalaufwand	147	148	142
7. Abschreibungen	1.215	760	761
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	112	96	136
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	307	304	344
11. Ergebnis nach Steuern	63	475	485
12. Sonstige Steuern	98	98	98
13. Jahresergebnis	-35	377	387
14. Entnahme aus Rücklagen	120	0	0
15. Einstellung in die Ergebnisrücklagen	0	293	306
16. Bilanzgewinn	85	84	81



6.
Volksbank PLUS eG (vorher: Lübbecker Land eG)
Bahnhofstraße 3
32312 Lübbecke

Telefon: 05741 / 328-0
Fax: 05741 / 328-108
E-Mail: kontakt@vbplus.de
Internet: www.vbplus.de

Gründung: 1887

Geschäftsanteile: 1.050 €
7 Anteile á 150 €

Unternehmenszweck

Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von banküblichen und ergänzenden Geschäften sowie des Dienstleistungsgeschäfts. Der Geschäftsbetrieb kann auch auf Nichtmitglieder ausgedehnt werden.

Organe/Gremien

Vorstand

Ralf Rehker
Andreas Schwarze

Aufsichtsrat

- ◆ Dirk Schwarze (Vorsitzender)
- ◆ Wilhelm Bollmann (stellv. Vorsitzender)
- ◆ Peter Blankenstein
- ◆ Uwe Busse
- ◆ Cord Lilie
- ◆ Ruth Rosenbaum
- ◆ Harald Röhling
- ◆ Wieland Stärke
- ◆ Jens Tiemeyer
- ◆ Jochen Upheber
- ◆ Gabriele Weske
- ◆ Friederike Winter

Vertreterversammlung

Vorstand und Aufsichtsrat geben vor der Vertreterversammlung Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab. Diese stellt den Jahresabschluss fest und beschließt, wie der Jahresüberschuss verwendet werden soll. Die Vertreter werden in den Ortsversammlungen von den Mitgliedern gewählt. Die Wahl des Aufsichtsrates ist Aufgabe der Vertreterversammlung. Der Aufsichtsrat bestellt den Vorstand.



Personalbestand

Im Jahr 2023 wurden 278 Mitarbeiter*innen (Vorjahr: 217) beschäftigt. Davon waren 23 Auszubildende.

Finanzwirtschaftliche Auswirkung der Beteiligung

Die Volksbank hat für das Jahr 2023 an die Stadt Preußisch Oldendorf eine Dividende in Höhe von 38,65 € ausgeschüttet.



6. Volksbank PLUS eG (vorher: Volksbank Lübbecker Land eG)

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich		2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva				
1.	Barreserve	13.063	10.657	10.490
2.	Forderungen an Kreditinstitute	284.352	186.986	159.861
3.	Forderungen an Kunden	1.037.350	772.434	725.675
4.	Schuldverschreibungen u. and. festverzinsliche Wertpapiere	192.123	156.714	164.183
5.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	61.000	69.645	62.894
6.	Handelsbestand	1.066	0	0
7.	Beteiligungen und Geschäftsguthaben	39.791	31.843	31.843
8.	Treuhandvermögen	36.825	36.975	39.034
9.	Sachanlagen	12.923	8.724	9.488
10.	Sonstige Vermögensgegenstände	9.877	8.378	4.130
11.	Rechnungsabgrenzungsposten	66	0	0
Bilanzsumme		1.688.436	1.282.356	1.207.598
Passiva				
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	171.920	120.127	112.916
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.234.873	934.646	870.180
3.	Treuhandverbindlichkeiten	36.825	36.975	39.035
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.903	1.393	1.745
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3
6.	Rückstellungen	16.921	10.878	11.241
7.	Fonds für allgemeine Bankrisiken	126.365	101.500	96.500
8.	Eigenkapital	97.629	76.837	75.978
	a) gezeichnetes Kapital	18.254	14.067	14.264
	b) gesetzliche Rücklage	32.851	24.898	24.374
	c) andere Ergebnisrücklagen	45.240	37.250	36.550
	d) Bilanzgewinn	1.284	622	790
Bilanzsumme		1.688.436	1.282.356	1.207.598

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich		2023 T€	2022 T€	2021 T€
1.	Zinserträge	40.523	22.028	18.970
2.	Laufende Erträge aus Aktien, Beteiligungen usw.	1.206	4.453	1.264
3.	Provisionserträge	20.953	18.464	18.881
4.	Nettoertrag des Handelsbestands	46	0	0
5.	Sonstige betriebliche Erträge	646	1.074	599
6.	Erträge aus Zuschreibungen	48	0	560
7.	Zinsaufwendungen	8.095	1.195	3.396
8.	Provisionsaufwendungen	815	420	441
9.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	30.857	21.741	21.075
10.	Abschreibungen und Wertberichtigungen	2.498	10.545	3.484
11.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	522	833	625
12.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	20.635	11.285	11.253
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag + sonstige Steuern	6.151	4.663	4.464
14.	Einstellungen in Fonds für allgemeine Bankrisiken	12.000	5.000	5.000
15.	Jahresüberschuss	2.484	1.622	1.789
16.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
17.	Einstellungen in Rücklagen	1.200	1.000	1.000
18.	Bilanzgewinn	1.284	622	789



7.	
d-NRW AöR	
Rheinische Straße 1	
44137 Dortmund	
Telefon:	0231 / 222 438-10
Fax:	0231 / 222 438-11
E-Mail:	info@d-nrw.de
Internet:	www.d-nrw.de
Gründung:	01.01.2017
Stammkapitaleinlage:	1.000 €

Unternehmenszweck

Die d-NRW Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) wurde mit Wirkung zum 01.01.2017 errichtet.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden.

Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

- Geschäftsstelle Onlinezugang
- Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW)
- FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW
- Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW
- Wirtschafts-Service-Portal.NRW
- Vergabeportal.NRW
- Meldeportal Behörden und Lichtbildportal
- Förderplan.web
- Sozialplattform
- KiBiz.web
- Bauportal.NRW
- PfAD-Familie sowie
- Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.



Träger

Zum Jahresende 2023 hatte die d-NRW AöR 385 Träger (Vorjahr: 369), für die sich die nachfolgende Beteiligungsquote ergeben hat:

385.000 € (Stammkapitaleinlage der 385 beigetretenen Kommunen)
1.000.000 € Land NRW

$1.000 \text{ ./. } 1.385.000 \times 100 = 0,0722 \%$

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2023 sind:

- a) Land NRW, vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium
- b) 352 Städte- und Gemeinden
- c) 31 Kreise inkl. der Städteregion Aachen sowie
- d) die Landschaftsverbände LVR und LWL

Organe/Gremien

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Allgemeiner Vertreter: Markus Both

Erweiterte Geschäftsführung/Vertretung der Geschäftsführung:

Johanna Reinker

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat setzt sich zum 31.12.2023 wie folgt zusammen:

- Sebastian Kopietz, Stadtdirektor, Stadt Bochum
- Harald Zillikens, Bürgermeister, Stadt Jüchen
- Andreas Wohland, Beigeordneter, Städte- und Gemeindebund NRW
- Dirk Brügge, Kreisdirektor, Rhein-Kreis-Neuss
- Dr. Marco Kuhn, Erster Beigeordneter, Landkreistag NRW
- Simone Dreyer, Regierungsbeschäftigte, MAGS NRW
- Lee Hamacher, Ministerialdirigentin, MKJFGFI NRW
- Dr. Heinz Oberheim, Ministerialrat, FM NRW
- Katharina Jestaedt, Ministerialdirigentin, IM NRW
- Diane Jägers, Ministerialdirigentin, MHKBG NRW

Die stellvertretenden Mitglieder zum 31.12.2023 sind:

- Stefan Keßen, Ltd. Städt. Direktor, Stadt Hagen
- Annekathrin Grehling, Stadtdirektorin & Kämmerin, Stadt Aachen
- Jorma Klauss, Bürgermeister, Gemeinde Roetgen
- Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor, Kreis Unna
- Karim Ahajliu, Referent, Landkreistag NRW
- Dr. Markus Brakmann, Leitender Ministerialrat, MHKBD NRW (CIO)
- Petra Köster, Ministerialrätin, MAGS NRW
- Dagmar Friedrich, Ministerialdirigentin, MKJGFI NRW
- Eckhard Grah, Ministerialrat, FM NRW
- Dr. Jörg Flüs, Regierungsbeschäftigter, IM NRW

- Andreas Happe, Ministerialdirigent, MHKBD NRW

Personalbestand

Die d-NRW AöR hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 (Vorjahr: 69) Mitarbeiter*innen beschäftigt. Dabei handelt es sich ausschließlich um Beschäftigte.

7. d-NRW AöR

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I Immaterielle Vermögensgegenstände	62	64	7
II Sachanlagen	56	76	69
III Finanzanlagen	60	0	0
B. Umlaufvermögen			
I Vorräte	1.057	2.396	2.392
II Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	11.950	4.788	7.781
III Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	35.882	18.758	10.347
C. Rechnungsabgrenzungsposten	111	10	5
Bilanzsumme	49.178	26.092	20.601
Passiva			
A. Eigenkapital			
I Gezeichnetes Kapital	1.385	1.368	1.281
II Kapitalrücklage	1.529	1.529	1.529
B. Rückstellungen	8.045	5.607	3.339
C. Verbindlichkeiten	38.115	17.559	14.452
D. Rechnungsabgrenzungsposten	104	29	0
Bilanzsumme	49.178	26.092	20.601

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Umsatzerlöse	129.383	101.209	51.002
2. Sonstige betriebliche Erträge	103	433	344
3. Materialaufwand	123.390	96.866	47.342
4. Personalaufwand	4.893	4.040	3.313
5. Abschreibungen	56	46	40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.147	676	637
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	14	31
8. Ergebnis nach Steuern	0	0	-17
9. Sonstige Steuern	0	0	17
10. Jahresergebnis	0	0	0



8.
Zweckverband Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe (KRZ)
Am Lindenhaus 19
32657 Lemgo

Telefon: 05261 / 252-0
Fax: 05261 / 252-200
E-Mail: info@krz.de
Internet: www.krz.de

Gründung: 01.01.1971 als Gesellschaft bürgerlichen Rechts
Umwandlung in einen Zweckverband zum 01.07.1977

Städtischer Anteil: 1 €

Unternehmenszweck

Der Zweckverband hat das Ziel, den Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen zu erbringen. Hierbei bilden Entwicklung, Einführung und Wartung klassischer Kommunalanwendungen sowie professioneller Rechenzentrumsbetrieb die traditionellen Schwerpunkte.

Organe/Gremien

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Rüdiger Meier

Stellvertreter: Bürgermeister Kai Abruszat

Gemeinde Kirch Lengern

Gemeinde Stewede

Geschäftsleitung

Lars Hoppmann

Martin Kroeger

Geschäftsleiter

stellv. Geschäftsleiter

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme und entsendet einen Vertreter. Vertreter der Stadt Preußisch Oldendorf ist Herr Bürgermeister Marko Steiner.

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Bürgermeister Matthias Kalkreuter

Stadt Lage

Stellv. Vorsitzender der Verbandsversammlung

Bürgermeister Frank Haberbosch

Stadt Lübbecke



Mitglieder der Verbandsversammlung

Verwaltung	Mitglied	Stellv. Mitglied
Kreis Lippe	Rainer Grabbe	Matthias Duda
Stadt Bad Salzuflen	BM Dirk Tolkemitt	Lena Sargalski
Stadt Barntrup	BM Borris Ortmeier	Uwe Schünemann
Gemeinde Dörentrup	BM Friso Veldink	Dirk Winkler
Gemeinde Extertal	BM Frank Meier	Sebastian Nolting
Gemeinde Kalletal	Olaf Kapelle	BM Mario Hecker
Stadt Lemgo	BM Markus Baier	Dennis Ortmeier
Gemeinde Leopoldshöhe	BM Prof. Dr.-Ing. Martin Hoffmann	Heike Sunkovsky
Stadt Oerlinghausen	Sabine Lindhorst	Marcel Jagnow
Gemeinde Augustdorf	Patrick Herrmann	BM Thomas Katzer
Stadt Blomberg	Dirk Lohmann	BM Christoph Dolle
Stadt Detmold	BM Frank Hilker	Dr. Miriam Mikus
Stadt Horn-Bad Meinberg	Tim Sölter	Jörg Gellrich
Stadt Lage	BM Matthias Kalkreuter	Frank Rayczik
Stadt Lügde	BM Torben Blome	Hans-Jürgen Wigge
Stadt Schieder-Schwalenberg	BM Jörg Bierwirth	Swen Horstmann
Gemeinde Schlangen	Petra Claes	Marco Strohdeicher
Kreis Herford	Markus Altenhöner	Ralf Stölting
Stadt Bünde	BM Susanne Rutenkröger	Günther Berg
Stadt Enger	BM Thomas Meyer	Kerstin Ebert
Stadt Herford	BM Tim Kähler	Jochen Strieckmann
Gemeinde Hiddenhausen	BM Andreas Hüffmann	Andreas Homburg
Gemeinde Kirchlegern	BM Rüdiger Meier	Stefan Junkermann
Stadt Löhne	BM Bernd Poggemöller	Andrea Linnemann
Gemeinde Rödinghausen	BM Siegfried Lux	Björn Vogt
Stadt Spenge	BM Bernd Dumcke	Rainer Czypulowski
Stadt Vlotho	BM Rocco Wilken	n.n.
Kreis Minden-Lübbecke	Cornelia Schöder	Jörg-Michael Schra- der
Stadt Espelkamp	BM Dr. Henning Vieker	Björn Horstmeier
Gemeinde Hüllhorst	BM Michael Kasche	Elmar Vielstich
Stadt Lübbecke	BM Frank Haberbosch	Roland Kelle
Stadt Preußisch Oldendorf	BM Marko Steiner	Marlies Bormann
Gemeinde Stemwede	BM Kai Abruszat	Dieter Lange
Stadt Rahden	BM Dr. Bert Honsel	Ralph Picker
Stadt Bad Oeynhausen	BM Lars Bökenkröger	Georg Busse
Stadt Porta Westfalica	BM Anke Grotjohann	Carsten Dierks
Gemeinde Hille	Bernd Küchhold	Dietrich Nobbe
Stadt Minden	BM Michael Jäcke	Andreas Fabry
Stadt Petershagen	BM Dirk Breves	Stefan Sander
Stadt Nieheim	BM Johannes Schlütz	Dietmar Becker

**Verwaltungsrat**

Der Verwaltungsrat besteht aus 9 von der Verbandsversammlung aus deren Mitte benannten Mitgliedern sowie dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung, dem Verbandsvorsteher und dessen Stellvertreter. Er setzt sich 2023 wie folgt zusammen:

Vorsitzender des Verwaltungsrates:

Bürgermeister Matthias Kalkreuter

Stadt Lage

Stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates:

Bürgermeister Bernd Dumcke

Stadt Spenge

Mitglieder des Verwaltungsrates

Funktion/Verwaltung	Mitglied	Stellvertreter*in
Vorsitzender	BM Matthias Kalkreuter Stadt Lage	BM Bernd Dumcke Stadt Spenge
Verbandsvorsteher	BM Rüdiger Meier Gemeinde Kirchlegern	
Stellv. Verbandsvorsteher	BM Kai Abrusatz Gemeinde Stewede	
Kreis Lippe	Kreiskämmerer Rainer Grabbe Kreis Lippe	Matthias Duda Kreis Lippe
	BM Dirk Tolkemitt Stadt Bad Salzuflen	BM Borris Ortmeier Stadt Barntrup
	BM Prof. Dr. Martin Hoffmann, Gemeinde Leopoldshöhe	BM Torben Blome Stadt Lüdge
Kreis Herford	Kreisdirektor Markus Altenhöner, Kreis Herford	Ralf Stölting Kreis Herford
	BM Bernd Poggemöller Stadt Löhne	Andrea Linnemann Stadt Löhne
	BM Bernd Dumcke Stadt Spende	BM Rocco Wilken Stadt Vlotho
Kreis Minden-Lübbecke	Kreisdirektorin Nicole Streitz Kreis Minden-Lübbecke	Kreiskämmerer Jörg Schrader Kreis Minden-Lübbecke
	BM Michael Jäcke Stadt Minden	BM Anke Grotjohann Stadt Porta Westfalica
	BM Frank Haberbosch Stadt Lübbecke	BM Dr. Henning Vieker Stadt Espelkamp

Beirat

Vorsitzender: Artur Wall

Stadt Espelkamp

Stellv. Vorsitzender: Noel Schuppenat

Gemeinde Hiddenhausen



Personalbestand

Der durchschnittliche Personalstamm im Jahr 2022 betrug 348 tariflich Beschäftigte und Beamte. Die Zahlen für das Jahr 2023 liegen nicht vor.

8. KRZ Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe)

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva	Liegt noch nicht vor.		
A. Anlagevermögen			
I Immaterielle Vermögensgegenstände		1.000	2.172
II Sachanlagen		20.082	20.639
III Finanzanlagen		215	215
B. Umlaufvermögen			
I Vorräte		69	73
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		10.090	10.179
III Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		3.270	892
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.985	3.446
Bilanzsumme		37.711	37.616
Passiva	Liegt noch nicht vor.		
A. Eigenkapital			
I Kapitalrücklage		669	669
II Gewinnrücklagen		5.424	4.260
III Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)		-944	1.164
B. Rückstellungen		21.137	19.794
C. Verbindlichkeiten		11.425	11.729
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
Bilanzsumme		37.711	37.616

Gewinn- und Verlustrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Umsatzerlöse	Liegt noch nicht vor.	82.437	80.966
2. Sonstige betriebliche Erträge		785	1.535
3. Materialaufwand		54.112	52.458
4. Personalaufwand		23.502	22.409
5. Abschreibungen		2.779	3.138
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.514	2.164
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		909	934
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		348	231
9. Ergebnis nach Steuern		-942	1.167
10. Sonstige Steuern		2	3
11. Jahresüberschuss		-944	1.164



9.	
Zweckverband Volkshochschule Lübbecke Land	
Wilhelm-Kern-Platz 4	
32339 Espelkamp	
Telefon:	05772 / 9771-0
Fax:	05772 / 9771-30
E-Mail:	info@vhs-luebbeckerland.de
Internet:	www.vhs-luebbeckerland.de
Gründung:	1976
Stammkapital:	102.860,55 €
Städtischer Anteil:	2.350,74 €

Ziel der Beteiligung bzw. Erfüllung des öffentlichen Zwecks
Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule im Bereich des Altkreises Lübbecke. Er ist eine Einrichtung der Weiterbildung.

Organe/Gremien

Verbandsversammlung

25 Vertreter, davon

- 6 Vertreter der Stadt Espelkamp
- 6 Vertreter der Stadt Lübbecke
- 3 Vertreter der Stadt Preußisch Oldendorf
- 4 Vertreter der Stadt Rahden
- 3 Vertreter der Gemeinde Hüllhorst
- 3 Vertreter der Gemeinde Stemwede

Verbandsvorsteher

Frank Haberbosch, Stadt Lübbecke

Vorstand

Vorsitzender der Verbandsversammlung und Stellvertreter
Verbandsvorsteher und Stellvertreter
Hauptverwaltungsbeamte der Verbandsmitglieder
Leiterin der Volkshochschule

Geschäftsführer

Jürgen Hackemeier

Leiterin der Volkshochschule

Anke Steinhauer

Personalbestand

Die VHS beschäftigte im Jahr 2022 12 Mitarbeiter (Voll- und Teilzeitbeschäftigte). Die Zahl der Beschäftigten im Jahr 2023 liegt nicht vor.



9. VHS Volkshochschule Lübbecke Land

Bilanzen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
Aktiva	Liegt noch nicht vor.	Liegt noch nicht vor.	
A. Anlagevermögen			
I Immaterielle Vermögensgegenstände			1
II Sachanlagen			79
III Finanzanlagen			166
B. Umlaufvermögen			
I Vorräte			0
II Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände			2.844
III Wertpapiere des Umlaufvermögens			0
IV Liquide Mittel			558
C. Aktive Rechnungsabgrenzung			14
Bilanzsumme			3.662
Passiva	Liegt noch nicht vor.	Liegt noch nicht vor.	
A. Eigenkapital			
I Allgemeine Rücklage			467
II Ausgleichsrücklage			233
III Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			47
B. Sonderposten			1
C. Rückstellungen			2.728
D. Verbindlichkeiten			186
F. Passive Rechnungsabgrenzung			0
Bilanzsumme			3.662

Ergebnisrechnungen im 3-Jahres-Vergleich	2023 T€	2022 T€	2021 T€
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Liegt noch nicht vor.	Liegt noch nicht vor.	883
2. Sonstige Transfererträge			0
3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			691
4. Privatrechtliche Leistungsentgelte			58
5. Kostenerstattungen und -umlagen			1
6. Sonstige ordentliche Erträge			96
7. Ordentliche Erträge			1.729
8. Personalaufwendungen			1.087
9. Versorgungsaufwendungen			222
10. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			101
11. Bilanzielle Abschreibungen			10
12. Transferaufwendungen			227
13. Sonstige ordentliche Aufwendungen			77
14. Ordentliche Aufwendungen			1.724
15. Ordentliches Ergebnis			5
16. Finanzerträge			0
17. Finanzaufwendungen			1
18. Finanzergebnis			-1
19. Jahresergebnis			4

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

Anlage 6

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestritten oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.